

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis: 3,00 Mk. monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen
 je Seite oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochentagen
 bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.
 Anzeigensprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Dienstag, den 23. Oktober 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Der Beschwichtigungs-Vertrag.

Das deutsch-englische Abkommen über die offene
 Thüre glebt der liberalen wie der konservativen Presse Stoff zu ge-
 scheiten Betrachtungen über die diplomatische Geschicklichkeit des
 Leiters der deutschen auswärtigen Politik, dessen neuester „Erfolg“
 angeblich ein „weiterer Schritt“ — die früheren Schritte sind
 jedenfalls in der Entscheidung Walbersee und der Rebange-Note zu
 erblicken — zur Lösung der chinesischen Frage sein soll. Hält diese Auf-
 fassung, der sich auch die freisinnigen Blätter anschließen, vor, dann be-
 deutet allerdings der Vertrag einen „Erfolg“, — zwar nicht so weit
 die Lösung der chinesischen Wirren in Betracht kommt, wohl aber
 was die Position der Regierung gegenüber den Angriffen auf ihre
 Chinapolitik anbelangt. Die Mißerfolge der letzten Zeit hatten selbst
 den liberalen Durchschnittspublizisten gegen die im neuesten welt-
 politischen Kurs hervortretenden aggressiven Tendenzen rebellisch ge-
 macht; nun, nachdem sich das Auswärtige Amt so verständlich
 zeigt, nur Handelszwecke in China verfolgen zu wollen,
 gewinnt er wieder Vertrauen in die so glänzend bewährte
 Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten. Das erleichtert,
 wenn es auch sonst keinen Zweck hat, die Abwehr der drohenden
 socialdemokratischen Kritik des Chinakurses im Reichstag und verdeckt
 überdies den Rückzug, zu dem sich der neuernannte Kanzler nach
 Abweisung seiner Rebangevorschlüge seitens Russlands und der Ver-
 einigten Staaten genötigt sah.

Hierin dürfte das eigentliche Motiv zur Abschließung des Ver-
 trags zu suchen sein; denn sonst ist er absolut inhaltslos. Weder
 ändert er etwas an der Situation in China, noch gewährt er den
 beiden vertragschließenden Staaten Zugeständnisse, die sie sich
 nicht auch sonst ohne Vertrag im eigenen Interesse einräumen
 würden, noch hemmt er ein Verfolgen selbstständiger Pläne, denn die
 Einschränkungen, die der Absatz 2 des Abkommens erteilt, hebt der
 Absatz 3 einfach wieder auf.

Wohlbrachtet, der Vertrag besagt nichts über die Beanspruchung
 besonderer Interessensphären, über Eisenbahn-, Minen-, Schifffahrts-
 konzessionen etc. Was er stipuliert, ist nur, daß beide Nationen,
 Deutschland wie England, Chinas Häfen dem internationalen
 Handel offen halten und in dieser Richtung ihren Einfluß
 geltend machen wollen. Das aber ist etwas völlig Selbstverständ-
 liches. England hat, da es ohnehin weit über die Hälfte des ge-
 samten Handels mit China in der Hand hält, auch bisher schon
 immer die Forderung des Offenhaltens der Handelsküste Chinas
 vertreten, und der gegenwärtige Moment, wo es in Südafrika be-
 schäftigt ist und seine Sache in China kaum halb zu vertreten
 vermag, wäre der aller ungeeignete, von dieser Maxime
 abzuweichen; denn ein solches Vorgehen würde sofort
 Deutschlands, Japans und Amerikas energischen Protest
 hervorrufen, deren Unterstützung es gegen die russische Politik bedarf.
 Die Forderung einiger englischen Blätter in den letzten Wochen,
 England müsse sich das Hongkong als seine besondere Interessens-
 phäre sichern, ist nur als Antwort gegen das Streben einiger
 Mächte nach Gebietsvergrößerung in China zu betrachten und richtet
 sich speziell gegen Rußland und Frankreich.

Noch mehr aber ist Deutschland daran interessiert, die Thore
 aufzuhalten. Es ist kaum im Stande, Englands Handel in Schantung
 abdrück zu thun, während dieses durch eine differenzielle Behand-
 lung des deutschen Schiffs- und Handelsverkehrs in Hongkong Deutsch-
 lands Handel schwer zu schädigen vermöchte, ganz abgesehen von
 dem Verkehr auf dem Jangtsekiang, an dem die deutsche Schifffahrt
 steigenden Anteil gewinnt; lassen doch zur Zeit bereits drei deutsche
 Reedereien regelmäßige Dampfer zwischen Swatow, Schanghai,
 Tschinkiang und Hankau, Jichang laufen, teilweise sogar bis
 Tschunking.

Thatsächlich haben denn auch Deutschland, England, Japan in
 Erkenntnis dieses gemeinsamen Interesses schon einige Monate vor
 dem Ausbruch des Boxer-Aufstands der amerikanischen Hayschen Note
 zugestimmt, die im Absatz 2 nicht nur für die chinesischen Häfen, son-
 dern auch für jene der sogenannten Interessensphären den
 Grundsatze aufgestellt, daß der chinesische Zolltarif als
 die Grundlage der Zollhebung dienen und
 letztere in Händen der chinesischen Regierung
 bleiben müsse.

Ueber diese von Deutschland und England schon vor ungefähr
 einem halben Jahre als bindend anerkannten Grundsätze geht der
 jetzt publizierte Specialvertrag nirgends hinaus; sein Wortlaut ist
 nur weniger präzis, als die Fassung der Hayschen Note. Und doch
 liegt in dieser nochmaligen Stipulation eines selbstverständlichen,
 gleichen Interesses immerhin noch, wie auch die „Nordd. Allg. Ztg.“
 betont, der eigentliche Schwerpunkt des Vertrags. Die
 weitere im Absatz 2 enthaltene gegenseitige Zusicherung, daß beide
 Kontrahenten die „gegenwärtigen Verwickelungen“ nicht
 beseitigen wollen, territoriale Vorteile zu erlangen, ist völlig be-
 deutungslos; denn sie ist an die Bedingung geknüpft, daß auch
 keine andre Macht die jetzige Lage in China vertrete, um „unter
 irgend einer Form“ solche territoriale Vorteile zu erlangen —
 und diese Bedingung ist eben nicht gegeben. Rußland wird die
 Mandchurie nicht herausgeben, in der es sich bereits
 häuslich einzurichten beginnt. Allerdings hat kürzlich die
 zarische Regierung verkünden lassen, daß sie das Land nicht
 „annektieren“ wolle; doch handelt es sich hierbei um nichts
 als einen Wortstreit. Jedenfalls wird sie die Mandchurie
 besetzt halten, nach Guldbäntzen verwalten, Steuern einziehen usw.
 Ob man solche Beschlagnahme Annektion, Occupation, Besetzung,
 „Aufrechterhaltung der Ordnung“ nennt, ist nebensächlich. Das
 Wichtigste liefert schon jetzt das Verhalten der russischen Behörden
 in dem von russischen Truppen besetzten Vertragshafen Niutschwang,

dessen Kollektoren sie, nach einem Bericht der „Times“ und
 des „Daily Chronicle“, einer von ihnen begünstigten Bank zu-
 weisen, obgleich die Zollgefälle durch Vertrag als Garantie für ver-
 schiedene chinesische Auslandsanleihen verpfändet sind.

Ganz zweifellos stellt diese Inbesitznahme der Mandchurie einen
 „territorialen Vorteil“ im Sinne des dritten Absatzes der englisch-
 deutschen Abmachung dar, denn dieser Absatz spricht deutlich von Vor-
 teilen „unter irgend einer Form“, nicht von formellen
 Annektionen. Somit haben England und Deutschland es
 jeder Zeit in der Hand, unter Berufung auf Rußlands Vorgehen in
 der Mandchurie ihre Erklärung zu Gunsten der Aufrechterhaltung
 des Territorialbestands des chinesischen Reichs als nicht mehr für sie
 bindend zu erklären, nur sind sie gehalten, vor der Ergreifung ihnen
 zuzugender Maßnahmen eine Verständigung zu versuchen. Und wenn
 diese Verständigung nicht gelingt? Nun, so hat jeder der beiden
 Staaten wieder volle Aktionsfreiheit.

Von einer sogenannten „Bindung“ kann deshalb durchaus
 nicht die Rede sein. Jede der beiden Nationen ist genau
 nur so lange gebunden, als sie sich selbst für gebunden halten will;
 findet sie es für angebracht, Landansprüche zu stellen, hat sie
 ausreichenden Grund zur Hand, um die Bestimmung des Absatzes 2
 als nicht mehr für sie gültig zu erklären. Und Rußlands Beschlagnahme
 der Mandchurie wird voraussichtlich nicht allein zum Vorwand dienen
 können. Japan erfährt durch Rußlands Einschließung des Vaoitung-
 Golfs eine entschiedene Schädigung seiner politischen Machtstellung und
 seines Handelsverkehrs nach der Mandchurie, daß es schwerlich der
 russischen Occupation zustimmen wird, ohne seinerseits auf andern
 chinesischen Gebiet Kompensationen zu fordern, umso mehr als bei
 der zunehmenden Verschlechterung der Finanzen an entsprechende
 Geldentschädigungen kaum zu denken ist.

Wie gänzlich bedeutungslos der ganze Vertrag ist, zeigt sich
 am besten darin, daß die offiziöse Presse die Erwartung ausdrückt,
 auch Rußland werde dem Abkommen beitreten. Vielleicht leitet sich
 in richtiger Abschätzung der samosen „Bindung“ Rußland thatsächlich
 dieses Verlangens, Rußland in demselben Augenblick, wo es sich
 anschaut, China um ein ungeheures Gebiet zu schröpfen, als Mit-
 unterzeichner des deutsch-englischen Abkommens und als Träger der
 Handelsfreiheit und der Integrität des chinesischen Reichs; das wäre
 eine Farce, die an Komik selbst noch die russische Friedensposse im
 Haag übertrifft. Auch dem blindesten Auge würde dadurch die ab-
 solute Bedeutungslosigkeit des grandiosen neuesten Erfolgs der
 deutschen Diplomatie klar werden.

Die Wohnungsnot.

die sich jetzt in so starkem Maße bemerkbar macht, wurde
 bereits im Vorjahr von den Gewerbe-Aufsichts-
 beamten Preußens hervorgehoben. Fast aus allen Bezir-
 ken kamen Klagen über Wohnungsmangel und Miets-
 steigerungen. Vielfach bekräftigen die Berichte die von
 uns wiederholt gemachte Beobachtung, daß die Steige-
 rung der Wohnungsmiete mindestens so
 hoch war als die des Lohns, mitunter sie
 noch übertraf. In dem vor kurzem erschienenen
 Bericht für 1899 heißt es aus Ostpreußen: „Die
 Löhne steigen seit einigen Jahren langsam, aber stetig.
 Dasselbe thun aber auch die Lebensmittelpreise und noch
 mehr die Wohnungsmieten, so daß sich die
 Lebenshaltung der Arbeiterfamilien wohl kaum ge-
 hoben haben wird.“ In Westpreußen „lassen die
 Arbeiterwohnungen noch viel zu wünschen übrig“. Im Bezirk
 Potsdam „sind die Mietpreise für Arbeiterwohnungen
 verhältnismäßig hoch, obgleich diese Wohnungen besonders in
 älteren Häusern nicht den Ansprüchen der Zeit genügen“. Im Bezirk
 Berlin-Charlottenburg war 1899 „die Wohnungs-
 not, welche augenscheinlich noch eine Steigerung erfahren hat,
 sehr empfindlich.“ Durch das Niederrücken von alten Wohn-
 bauten treten, verringert sich die Zahl der kleinen Wohnungen
 immer mehr, für die übrig bleibenden, oft nur den aller-
 bescheidensten Ansprüchen genügenden, werden über-
 trieben hohe Mieten gezahlt, welche oft ein
 Viertel, ja bis zu einem Drittel des Verdienstes
 des Manns aufzehren.“

In der Provinz Pommern waren die Preise der
 Wohnungen wie der Lebensmittel gestiegen, im Regierungs-
 bezirk Magdeburg war „der Mangel an guten
 und preiswerten Wohnungen in den Städten mit
 reger Entwicklung der Industrie geradezu bedenklich
 geworden, vor allem in Magdeburg und Uchersleben. Nach
 den Mitteilungen des Leiters einer Magdeburger Fabrik
 haben Arbeiter seines Betriebs, da sie Wohnungen
 zu annehmbaren Preisen nicht mehr erhalten konnten,
 ihre Möbel irgendwo eingestellt und sich
 als Untermieter eingemietet. Der Gewerbe-
 Inspektor in Magdeburg I teilt ferner mit, daß infolge der
 ungünstigen Wohnungsverhältnisse selbst bei Familien von
 geringer Kopffzahl die Benutzung eines Bettes von
 nur einer Person zu den Seltenheiten gehört“. Im Regierungsbezirk
 Merseburg waren die Wohnungsverhältnisse
 im allgemeinen sehr mangelhaft, eine
 Besserung der hygienisch oft bedenklichen Zustände ist
 dringend zu erstreben“. In Kiel zeigte sich „infolge des
 Aufblühens der Schiffswerften ein großer Mangel an Arbeiter-
 wohnungen; auch in Gaarden waren die Wohnungen
 knapp und teuer“. Im Bericht aus dem Bezirk Hannover

heißt es: „Die Miete verschlingt einen zu großen Teil des
 Arbeitereinkommens. Tritt nun noch eine größere Kinderzahl
 hinzu, so ist es erklärlich, daß beide Eheleute verdienen
 müssen.“ Auch wird ein fühlbarer Mangel an Arbeiter-
 wohnungen konstatiert. Im Regierungsbezirk Arnberg
 ließ die „Unterkunft der Arbeiter in den eigentlichen In-
 dustriebezirken und in den meisten städtischen Gebieten
 bei dem außergewöhnlichen Zugzuge noch durchweg zu wünschen
 übrig“. Im Regierungsbezirk Rassel wurde der „Mehr-
 verdienst der Arbeiter durch die gleichzeitig steigenden
 Ausgaben für Lebensmittel, Kohlen und Miete aufgebraucht,
 so daß die Lohnerhöhung auf die allgemeine Lebenshaltung
 der Arbeiter wenig Einfluß ausübte“. Im Regierungsbezirk
 Wiesbaden liegen „die Wohnungsverhältnisse nach den
 Beobachtungen der Gewerbe-Inspektoren zu wünschen übrig. Die
 kleinen Wohnungen sind sehr gesucht und oft unerbäulich
 mäßig teuer“. Im Regierungsbezirk Düsseldorf stiegen die
 Löhne, aber die Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung
 hat sich nicht im gleichen Maße verbessert, da der Gewinn
 an Arbeitsverdienst durch die Steigerung der Preise für fast
 alle Lebensbedürfnisse, insbesondere der Wohnungs-
 mieten, zum großen Teil wieder aufgehoben wird.“ Im
 Stadtbezirk Düsseldorf, wo besonders hohe Mietssteige-
 rungen eintraten, ergab eine vom Ortsverbande der
 deutschen Gewerksvereine organisierte Umfrage, „daß unter
 111 Arbeiterfamilien, welche nur 2 Zimmer bewohnten, sich
 28 befanden, die ihre Wohnung mit mehr als 3 Kindern
 teilen mußten, in 3 Fällen lebten sogar die Eltern mit sechs
 Kindern im Alter von 1—12 Jahren in einer derartig
 kleinen Wohnung zusammen.“ Stellt man den Mietspreisen
 die verdienten Jahres-Durchschnittslöhne gegenüber, welche
 sich nach den gemachten Angaben auf 1226 Mk. pro Kopf be-
 liefen, so ist nicht zu verkennen, daß selbst die gut bezahlten
 Industrie-Arbeiter hier einen unerbäulich hohen
 Prozentsatz ihres Verdienstes für die noch dazu
 oft unzureichende Wohnung aufzuwenden haben, und daß
 eine durchgreifende Besserung der Wohnungs-
 verhältnisse zu den allerdringlichsten social-
 politischen Aufgaben gezählt werden muß.“

Aus dem Regierungsbezirk Köln heißt es im Bericht:
 „Die Frage der Beschaffung von Wohnungen für kleine An-
 gestellte und für Arbeiter ist in Köln brennend ge-
 worden. Die Mietspreise schnellten in ungesunder Weise
 in die Höhe, so daß ein großer Teil der
 Arbeiter nicht in der Lage ist, Wohnungen zu
 mieten, die auch nur mäßigen Anforderungen
 entsprechen. Dies beweist das ungünstige Ergebnis der 1895
 erfolgten Wohnungsaufnahme, welche u. a. ergab, daß in
 Köln 4676 nur aus einem Räume bestehende Wohnungen
 von mehr als einer Person bewohnt wurden. Aber
 nicht allein Mangel an Wohnungen ist vorhanden, viele
 Wohnungen befinden sich auch in einem Zustande, der
 sie als gänzlich ungeeignet zum Aufenthalt
 von Menschen erscheinen läßt.“

Daß die unzureichenden Wohnungen die Sterblichkeit
 besonders der Kinder ungünstig beeinflussen, hebt der Bericht
 aus den Weberdörfern im Regierungsbezirk Breslau her-
 vor. Es heißt da: „Es ist ermittelt, daß in den Langen-
 dielauer Betrieben die Zahl der verstorbenen Kinder mit
 54 Proz. wesentlich größer, als die der überlebenden ist,
 während in den Reichensbacher Betrieben mit 44 Proz. das
 umgekehrte Verhältnis besteht. Der Hauptgrund hierfür
 dürfte in der schlechteren Lebenshaltung und den schlechten
 Wohnungen in dem schnell emporschneidenden Industrie-
 ort Langendielau liegen.“

Zur Abhilfe der Wohnungsnot geschah seitens der
 Kommunen fast gar nichts und die Thätigkeit der Bau- und
 Sparvereine blieb eine sehr beschränkte; die Folgen davon
 haben jetzt die Arbeiter zu spüren — die Wohnungsmieten
 steigen immer weiter und die Löhne beginnen zu sinken, so
 daß aus der Wohnungsnot ein Wohnungselend schlimmster
 Art geworden ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Oktober.

Nur eine Strafexpedition!

Um gültige Rücksicht stehen jetzt die Offiziosen den Reichstag
 an, obwohl dieser selbst — mit Ausnahme der Social-
 demokratie — nichts weniger als ein Eisenstesser ist, sondern
 vielmehr in leidenschaftlichem Edelmut erpicht ist, der Regie-
 rung mit Aufgebot aller Kräfte Parдон zu geben.

Die Offiziosen suchen dadurch die Opposition zu schwächen,
 daß sie ihr ohne weiteres zugeben, der Reichstag habe ein
 Recht, sich zurückgesetzt zu fühlen. In diesem Sinne schreibt
 die „Münch. Allg. Ztg.“:

„Ohne Zweifel wird der Reichstag sofort mit einer durchaus
 korrekten Indemnitätsvorlage begrüßt werden. Dem Reichstagler
 wird dadurch freilich nicht eine Rechtfertigung oder wenigstens
 Entschuldigung der Unterlassung einer früheren Einberufung des
 Parlamentes erspart; aber dem Grafen Solowo mag dabei neben
 seiner rednerischen Gewandtheit der Umstand zu statten kommen,
 daß er nach allgemein verbreiteter Ansicht für die Einberufung
 gewesen sei. Daß der Reichstag trotzdem seine
 Rechte energisch wahren wird, ist in der Ord-
 nung. Er wird aber nicht daran denken, aus der Sache
 einen Kriegsfall mit dem neuen Reichskanzler zu machen. Es
 dürfte ihm genügen, vergütet zu haben, daß die thatsächliche Ver-

festsetzung des Reichstags bei Einleitung der China-Expedition in Zukunft als Präzedenzfall betrachtet werden kann.

Das „Berl. Tagebl.“ macht auch bereits Vorschläge, in welcher Weise die Indemnität, das Ersuchen um nachträgliche Billigung, begründet werden könnte. Man solle den Zug nach China als eine Strafexpedition hinstellen, zu deren Aussendung der Kaiser als oberster Kriegsherr berechtigt gewesen sei.

Diese Umlaufung einer kriegerischen Aktion in eine harmlose Strafexpedition würde dem Verfahren von Angeklagten entsprechen, die bemittelt sind, ihre Handlungen mit milderem Ausdruck zu bezeichnen als das Strafgesetz beliebt. So mag man einen Diebstahl eine leihweise Entnahme nennen, eine Wechselfälschung einen Kopierversuch einer schönen Handschrift aus künstlerischem Interesse, einen Mord eine Viebschöpfung mit tödlichem Ausgang, einen Betrug ein Examen der Dummheit. Lessings Franzose, der das Glüd bloß forrigierte, ist ja das Vorbild für alle solchen Firmenänderungen.

Das „Berliner Tageblatt“ erweist dem neuen Kanzler einen sehr schlechten Dienst, wenn es ihm zutraut oder rät, den Krieg in eine Strafexpedition umzutauschen. Dann hätten wir auch anno 1870 eine Strafexpedition unternommen, und jede verfassungsmäßige Garantie verflüchtigt sich, wenn man auf diese Weise mittels einfacher Umrennung die staatsrechtliche Bedeutung der Maßnahmen fälscht und sie der bezweifelten Instanz entzieht. Schließlich könnte man auf diese Weise Handelsverträge als Verwaltungsmaßregeln deklarieren, die nicht an die Zustimmung des Parlaments gebunden sind.

Von einer Strafexpedition kann man nur reden, wo es sich um ein militärisches Unternehmen gegen ein wildes Volk innerhalb einer eignen Kolonie oder Interessensphäre handelt. China ist aber weder ein wildes Land, noch ist es unsre Kolonie. Man kann mit ihm Krieg führen, aber man kann keine Strafexpedition dorthin unternehmen.

Das der Jameson nicht auf den schlaun Einsall geriet, seinen Einbruch in Transvaal eine Strafexpedition zu nennen, damals als man bei uns so fürchtbar über dieses Unternehmen empört war.

Deutschlands „Platz an der Sonne“.

Schon manche Nachricht ist zu uns gekommen, aus der hervorgeht, daß in unrer „Pachtung“ Kiautschou Verhältnisse obwalten, die denen in unsren afrkanischen Besitzungen recht ähnlich sehen. Zu den schon bekannt gewordenen Annehmlichkeiten tritt noch der Hungertyphus, der in Deutsch-China ziemlich stark grassiert. Durch den bekannten glücklichen Wind ist die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ in den Besitz von unanfechtbarem Material gekommen, das es uns ermöglicht, einen Blick auf die Gesundheitsverhältnisse von Kiautschou zu werfen:

Im Seuchenlazarett in Tsintau befanden sich am 31. Juli 1899 23 Kranke, von denen 20 den Hungertyphus hatten. Die Krankenzahl ging bis zum 6. August auf 15 herab, unter denen 13 an Hungertyphus litten. Alsdann stieg die Krankenzahl wieder auf 30 mit 27 Hungertyphuskranke. Darauf fiel sie wieder. Am 15. August zählte das Lazarett 23 Kranke, die sämtlich Hungertyphus hatten. Am 29. August war die verhältnismäßig günstige Zahl von 14 Kranken erreicht, die aber bis zum 31. August wieder auf 17 stieg, sämtlich mit Hungertyphus. Auf die Frage, wieviel Kranke in den 46 Tagen überhaupt eingeliefert wurden, giebt uns die Statistik über Zugang und Abgang der Kranken für diese Zeit Auskunft. Dieser Zu- und Abgang ist auf halbe Monate berechnet.

Für die erste Augusthälfte belief sich der Zuwachs an Kranken überhaupt auf 26, von denen 24 Hungertyphus hatten. Behandelt wurden im ganzen 49, darunter 44 mit Hungertyphus. Außerdem wurden 4 Leichen eingeliefert, bei denen an dreien der Hungertyphus erkannt wurde. Geheilt wurden 23, darunter 22 mit Hungertyphus, gestorben sind 4, darunter einer mit Hungertyphus und entlaufen ist ein mit Malaria befallener Mann. Wie wir sehen werden, ist das Fortlaufen nichts Seltenes.

Für die zweite Augusthälfte kamen im ganzen 14 neue Kranke hinzu. Behandelt wurden im ganzen 37, von denen nur einer keinen Hungertyphus hatte. Außerdem wurden drei Leichen eingeliefert.

In der ersten Septemberhälfte kamen 10 neue Kranke hinzu, von denen 8 den Hungertyphus hatten. Behandelt wurden im ganzen 27 Kranke, darunter 25 an Hungertyphus. Geheilt wurden 7 Hungertyphuskranke, gestorben sind 5 Hungertyphuskranke, darunter eine Frau.

Fassen wir diese Zahlen zusammen, so sieht fest: In der Zeit vom 1. August bis zum 15. September kamen zu einem Bestand von 23 Kranken, von denen 20 Hungertyphus hatten, 50, von denen 46 Hungertyphus hatten. Geheilt wurden in der Zeit ein Kranker ohne Hungertyphus und 44 Kranke mit diesem Leiden. Entlaufen sind drei Kranke. Verstorben sind neun an Hungertyphus Leidende und drei andere Kranke. Im ganzen waren also 66 Typhuskranke zu behandeln. Die sieben nach dem Lazarett gebrachten Leichen beweisen, daß es jedenfalls außerhalb des Lazarett noch manchen an Hungertyphus Leidenden gab, den die Vorurteile des Volks und andres am Auffuchen des Lazarett verhinderten. Es darf also behauptet werden, daß eine wirkliche Hungertyphus-Epidemie in dieser Zeit in Kiautschou vorhanden war.

Der Hungertyphus ist eine Begleiterscheinung der Entbehrung, des Glüds. Tritt er in Deutschland auf, so meist nur in den ärmsten Gegenden, wie Oberschlesien. In dieser Fieber- und Hungergegend müssen deutsche Soldaten ihren Dienst thun zur höheren Ehre des deutschen Vaterlands.

Deutsches Reich.

Eine kleine Zuchtandred

hat der Oberhofmeister der Kaiserin, Herz. v. Mirbach, gelegentlich der Eröffnung eines Gebetsfalls in Potsdam gehalten. Der Herr führte in dieser stillstisch denkwürdigen Ansprache nach dem „Reichsboten“ u. a. aus:

Er müsse den ihm gewordenen Dank als zu überreich abrechnen, nur durch die Macht der Unterscheidung Ihrer Majestäten, besonders der Kaiserin, sei es ihm möglich geworden, das Erreichte zu leisten. Er habe auch viele treue Helfer gefunden, und das Schönste an der heutigen Feier sei ihm gewesen, daß sie alle Stände, alle Lebensalter vom höchsten Greisenalter bis zur blühenden Jugend um ein Werk zu Christi Ehre geschart habe. Es sei dringend nötig, daß man lerne Gott fürchten, die Brüder lieb haben und den König ehren. Namentlich für die Arbeiterwelt sei dies besonders nötig. Die dämonischen und guten Gewalten im Volksleben spizen sich immer mehr zu und auch nach Potsdam wären, namentlich von Berlin aus, die Wellenschläge des Umsturzes getragen worden. Selbst der Van der Liebeswerte hat vielfach unter den fortgesetzten Streiks gelitten. Da wäre es denn Zeit, daß den Arbeitern die Augen geöffnet würden, daß

dieser revolutionäre Weg nicht zu ihrem Glüd, sondern sie in das Verderben führen würde. Es sei ihm eine besondere Freude, mitteilen zu können, daß die Kaiserin den Arbeitern, die immer mutig und treu ihre Arbeit getan hätten, besondere Auszeichnungen verliehen habe.

In dieser Zeit des Hummentums ist es erfreulich, daß sich der Freiherr v. Mirbach der christlichen Forderung entnimmt, daß man die Brüder lieb haben müsse. Dieser Satz hat den Vorzug der Klarheit vor den merkwürdigen Bildern der immer mehr zugespitzten dämonischen und guten Gewalten sowie des nach Potsdam getragenen Wellenschlags.

Im übrigen stellt die Rede einen Nachhall aus der Bielefelder und Oeynhäuser Zeit dar, eine kleine Erinnerung an die Zuchtandredvorlage. Wenn Herr v. Mirbach es besonders aufregend findet, daß selbst bei Werken der Liebe von den Arbeitern gestreift wird, so finden wir es umgekehrt besonders schlimm, daß selbst bei besagten Werken der Liebe die Arbeiter so wenig zu ihrem Rechte kommen, daß sie zum Streit greifen müssen. Vielleicht wird sich Freiherr v. Mirbach gelegentlich dessen bewußt, daß auch streikende Arbeiter seine Brüder im christlichen Sinne sind, und daß auch er es selbst noch sehr notwendig habe, die Brüder zum mindesten zu lieben, da ihm nun einmal die sozialpolitische Einsicht versagt sein sollte, daß in der organisierten Arbeiterkraft das wertvollste Element der modernen Kultur liegt, daß jeder Streik ein bedeutungsvolleres Mittel zur Hebung des Volks ist als alle Gebetsfälle und christlichen Liebeswerke zusammengenommen.

Wir gratulieren! Wegen des deutsch-englischen Vertrags ist Graf Bülow von Reeder- und Dampfschiffahrts-Gesellschaften eifrig anelegraphiert worden, weil er so erfolgreich die offene Thür eingekammt hat.

Dieses telegraphische Glückwünschen der Geschäftsinteressenten scheint an die Stelle von Reichstags-Verhandlungen treten zu sollen. Das Verfahren hat das Gute, daß die Opposition dabei völlig fehlt. Denn die gescheiterten Kritiker sparen sich die Telegrammkosten.

Man regiere also mit telegraphischen Gratulanten anstatt mit der Volksvertretung!

Die Gesamtdemission des preussischen Ministeriums soll, nach der „Münchener Allgemeinen Zeitung“, angeboten, aber vom Kaiser abgelehnt sein.

Die dagegen offiziös erklärt wird, ist diese Meldung aus der Luft gegriffen.

Unterstaatssekretär v. Nitzschosen soll zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ernannt sein. Fürst Hohenlohe tritt am Dienstag in Berlin ein, um Abschied zu nehmen.

Bülow und Miquel haben zusammen eine Konferenz gehabt. Feindliche Spiritisten haben bereits als Resultat dieser Auseinandersetzung vernommen, daß die beiden Herren in der Aufassung aller Hauptfragen der inneren Politik völlig übereinstimmen. Bülow mit Miquel? Oder Miquel mit Bülow?

Patriarchalisches Regiment in Westpreußen.

Als am 29. August d. J. der Gutbesitzer Gustav Hindt in Verent nach Hause kam, öffnete ihm die Köchin Dya nicht sofort die Thür, weil sie eingeschlossen war. Darüber geriet Hindt in solche Wut, daß er nach einiger Zeit in die Kammer drang, in der die Köchin mit dem Dienstmädchen Loschewski zusammen schlief. Er wollte angeblich die Mädchen wegen einer Nachlässigkeit zur Rede stellen. Durch sein Rütteln an der Thür fiel der Thürschlüssel zu Boden. Als die geängstigten Mädchen denselben in der Dunkelheit nicht sofort finden konnten, erbrach Hindt die Thür und schlug dann mit einem Stod — nach seiner Behauptung war es „nur“ eine — Keitpeitsche, auf die beiden nur ganz nockdürftig bellenen Mädchen so toll ein, daß deren Körper mit Striemen und Peulen bedeckt war. Die Mädchen erstatteten Anzeige und Hindt mußte vor dem Schöffengericht in Marienburg erscheinen. Der als Amtsanwalt fungierende Marienburger Bürgermeister Sandusch beurteilte die rohe That sehr milde. Er beantragte 150 Mark Geldstrafe mit der Begründung, dem Angeklagten müßten mildernde Umstände zugestanden werden, weil er mit Recht ärgerlich sein konnte, wenn ihm von Dienstmädchen nicht sofort geöffnet und dann, als ihm geöffnet war, die Thür nicht mehr geschlossen worden sei, wie es sich gehört hätte. Das Gericht verurteilte die Sache, um ein Gutachten des Sanitätsrat Dr. Hermann in Dirschau über die Art der Verletzung der Mädchen einzuholen. Am letzten Donnerstag befandete der Sachverständige, daß bei dem einen Mädchen die Verletzungen eine Verminderung der Arbeitsfähigkeit zur Folge haben werde. Der Angeklagte entschuldigte sich mit Trunksucht (Vergleiche unrer Notiz „Für ein Trunksuchtsgesetz“ Red. d. „Vorw.“) und Berezitheit infolge Widerpenstigkeit verschiedener seiner Arbeiter in den Tagen vorher. Das Gericht verurteilte Hindt zu zwei Monaten Gefängnis. Als strafmildernd wurde das hitzige Temperament des Angeklagten angesehen.

Für ein Trunksuchtsgesetz tritt die „Konservative Korrespondenz“ ein.

Wie oft ist nicht die öffentliche Sicherheit von Trunksüchtigen bedroht; diesen aber werden, im Fall sie der gerichtlichen Verurteilung anheimfallen, mildernde Umstände zugestanden, so daß auf diese Weise die Trunksucht geradezu gefördert wird. Wie oft kann man in Gerichtsverhandlungen lesen, daß Angeklagte, um die Strafe herabzumindern, darauf hinweisen, daß sie vor Begehung der Straftat bis zu 20 Glas Bier nebst „einigen“ Schnäpzen zu sich genommen haben.

Wir erinnern uns allerdings, daß es namentlich bei der Aburteilung von Studenteneccessen vielfach vorgekommen ist, dem Excedenten mildernde Umstände zuzubilligen, weil derselbe total betrunken gewesen war. Bei den kommentaräßig betriebenen Saufgelagen unsrer studentischen Jugend, in erster Linie der in den Corps vereinigten, ist dies auch nicht verwunderlich. Sodann heißt es weiter:

Auf der Linken will man von einer wirksamen Bekämpfung der Trunksucht nichts wissen, trotzdem man selbstverständlich dieses Vaster entschieden verurteilt. Erst die Erörterung dieser Frage auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitage hat gezeigt, wie wenig ernst es die „oberste Partei-Instanz“ der Sozialdemokratie mit der Sache nimmt. „Alkohol ist Privatfache“ wurde ausgerufen und damit eine neue Freiheit der „Genossen“, nämlich die, uneingeschränkt dem Alkoholgenuße zu hulbigen, proklamiert. „Alkohol“ ist aber nicht weniger als Privatfache, sondern eine für die Volkswohlfahrt ungemein wichtige Angelegenheit, deren Regelung wähllich keinen Aufschub mehr verträgt.

Die „Korrespondenz“ hätte nicht unterlassen sollen, darauf hinzuweisen, daß auf dem Parteitag vor allem einige ostdeutsche Delegierte für die Behandlung der Alkoholfrage durch den nächsten Parteitag eingetreten sind. Sie begründeten ihre Anträge, indem sie betonten, daß im Osten Deutschlands, dort, wo die Kraut- und Schnapsjunker dominieren, auch die Schnapsucht herrsche. Nur langsam wird der Alkoholkonsum verdrängt durch — die Sozialdemokratie.

Ämtliches Wahlergebnis. Bei der am 18. Oktober stattgehabten Reichstags-Verwahl im Wahlkreis 8 (Westhavelland und Stadt Brandenburg) erhielten von 20069 abgegebenen Stimmen Generaldirektor v. Löbell-Charlottenburg (kons.) 7116 und Schriftsteller Heinrich Reus-Deffau (Soz.) 9509 Stimmen. Zwischen beiden hat Stichwahl stattgefunden.

Das ämtliche Ergebnis in Wangleben ist: Bei der am 18. Oktober stattgehabten Reichstags-Verwahl im Wahlkreis VI (Wangleben) erhielten von 14966 abgegebenen Stimmen Tischler-

meister Gerlach-Halberstadt (Soz.) 6045 Stimmen, Gold- und Fabrikbesitzer Schmidt-Besterhfen (natl.) 5168 Stimmen und v. Koye, Landrat z. D. in Kleinohersleben (kons.) 3747 Stimmen. Es ist also Stichwahl zwischen Gerlach und Schmidt nötig.

Ein gutes Mittel. Die „Kons. Korresp.“ giebt aus Anlaß der Wahl in Brandenburg ihren begreiflichen Kerzer über die „socialdemokratischen Aufpuffer“ in den Wahllokalen Ausdruck und schreibt dazu:

Ein gutes Mittel, diese Aufpuffer entbehrlisch zu machen, hat der Wahlvorsteher in Pöwstin erfunden. Er berief zwei der rabiatesten Socialdemokraten in den Wahlvorstand, damit diese sich davon überzeugen könnten, daß die Sache auch wirklich mit rechten Dingen zugeht. Sie weigerten sich anfangs, dieses Ehrenamt anzunehmen, bequinten sich aber doch, da sie keine Reizung verspürten, ein Jahr lang doppelte Steuer zu bezahlen, Probaturam est!

Das wäre in der That auch nach unrer Meinung ein gutes Mittel und würde uns der sehr oft großen Schwierigkeit überheben, immer die geeigneten „Aufpuffer“ zu finden. Aber die konservativen Wähler werden sich hüten, diesen Rat zu befolgen; sie wollen ja eben keine Aufpuffer haben, die ihnen jeder Zeit in die Karten gucken können.

Abgeblühte nationalsocialistische Weltmächts-Apokalypse. Man schreibt uns aus Kiel:

Am Sonnabendabend dürften den Nationalsocialen wohl endlich die Augen darüber aufgegangen sein, daß ihre Versuche, die Kieler Arbeiterschaft für ihre Weltmächts-Politik zu begeistern, ausichtslos sind. Sie hatten zu diesem Zeitpunkt eine Versammlung mit dem Pfarrraummann als Referenten über das Thema: „Die Voraussetzungen der Weltmächts-Politik“ einberufen, in sämtlichen Kieler Zeitungen annouciert und freie Aussprache angekindigt. 2000 Personen füllten den Saal des Kolosseums, infolge der Ankindigung unsres Kieler Partei-Organs, daß die Arbeiterschaft Kiels dem Pfarrraummann ihre Meinung über seine Wasser- und Hunnenpolitik nicht vorenthalten werde. Wie schon in jener Versammlung, in der sich die Kieler Socialdemokratie beim ersten Pottengesetz mit den Nationalsocialen auseinandergesetzt, hatten die Nationalsocialen sich mit dem Vertrauensmann geeinigt, daß einer unsrer Genossen zur Gewähr einer unparteiischen Leitung der Versammlung mit ins Bureau komme.

Der Referent, Pfarrraummann, war erkrankt, sprach jedoch ca. 3/4 Stunden, um sich dann sofort zu entfernen. Als sein Stellvertreter war der Dr. Mautenbrecher aber anwesend. Die Gedankengänge dieser nationalsocialen Redner sind bekannt. Wir übergehen deren Ausführungen und auch die der unsren Standpunkt vertretenden Genossen Legien, Adler und Weiß. Genosse Adler hatte am Schlusse seiner Ausführungen angekündigt, daß er die von ihm jetzt zu verlesende Resolution einbringen wolle, als der Vorsitzende ihn mit den Worten unterbrach, daß es nicht ihre Absicht sei, eine Resolution der Versammlung zu unterbreiten; das Ergebnis der Abstimmung sei ja auch nicht zweifelhaft, da der Verlauf der Versammlung ja ergeben habe, daß die größere Hälfte der Teilnehmer der Socialdemokratie angehöre.

Nach einer kleinen Vorklesung Adlers über die Souveränität der Versammlung, der Demokratie, die auch die Nationalsocialen wollten, und das Recht auf Einbringung einer Resolution für jeden einzelnen der Versammlungsteilnehmer, konnte er dann seine Resolution vortragen und vor dem Bureau niederlegen.

Während nun der dritte unrer obengenannten Genossen sprach, mußte das Bureau der Versammlung sich wohl über die Resolution besprechen haben, denn nachher erklärte der mit zur Leitung der Versammlung berufene Genosse Breccour, daß die Mehrheit des Bureaus beschloffen habe, die Resolution nicht der Versammlung zur Abstimmung zu unterbreiten; unter diesen Umständen könne er dem Bureau nicht mehr angehören und er sehe sich veranlaßt, seine Parteigenossen zum Verlassen des Lokals aufzufordern, damit die Nationalsocialen allein weiter tagen könnten.

Den erkrankten Genossen der bleibenden Nationalsocialen bot sich nun ein Schauspiel, welches ihnen die Hoffnung, die Arbeiterschaft Kiels zu ihrem Hummentum zu belehren, wohl gründlich geraubt hat. In kürzester Zeit leerte sich der Saal, fast alles strömte zur Thür und ehe sich dessen die Anwesenden versehen, lagen sie sich zu etwa 100 Personen in dem weiten Saal vereinigt sitzen. Wahrlich, die „größere Hälfte“ gehörte zu uns, der Vorsitzende hatte recht gehabt; nur bestand die größere Hälfte aus ca. 95 Proz.

Was diesem Vorkommnis eine größere Bedeutung verleiht, ist der Umstand, daß die rasche und prompte Befolgung der Breccourischen Aufforderung, die darin liegende Bekennung der Socialdemokratie, die Discipliniertheit der beste Beweis ist, wie wenig es zutrifft, wenn man glaubt, daß die Arbeiter der Staatsbetriebe — und die waren ganz besonders zahlreich unter den Versammlungsteilnehmern vertreten — der Wasser- und Weltmächts- und Hunnenpolitik Sympathie entgegenbrächten. Die Thatsache bleibt nun einmal bestehen, die Kieler Arbeiterschaft ist in der überwältigenden Mehrheit socialdemokratisch. Die Ablehnung der Resolution durch die Leiter der Nationalsocialen ist ein besserer Prüffstein hierfür geworden, als es die Abstimmung hätte sein können. Die fragliche Resolution lautete:

„Die am 20. Oktober im Kolosseum tagende, vom national-socialen Verein einberufene öffentliche Versammlung stellt sich, nachdem sie den Vortrag des Herrn Pastor Raummann und die Diskussion gehört hat, auf folgenden Standpunkt:

Die Versammlung verurteilt jede heutige Weltpolitik und spricht ganz besonders den Verherrlichern von Kriegen nach Hummentart jedes Recht ab, sich als Freunde der Arbeiter, Verteidiger der Verfassung und Schutzherren deutscher Bürgerrechte aufzuführen.

Die Versammlung erklärt endlich ihre Ueberzeugung, daß Weltpolitik, Militarismus, Marinismus und Hummentum die erklärlichen Produkte einer verrotteten kapitalistischen Gesellschaft sind, der allein ein Ende bereiten kann und wird die internationale, völkervereinende Socialdemokratie.

Die Beschränkung der Freizügigkeit, welche die preussische Regierung durchzuführen beabsichtigt, findet natürlich den Beifall der Konservativen. Die „Konservative Korresp.“ begrüßt die „Reform“ mit großer Genugthuung und weist daraufhin, daß die Ostellbier im Reichstag wie im Herrenhaus schon längst solche Bestimmungen verlangt haben. Auch das früher erhobene „Anzugs-geld“ müsse wieder eingeführt werden. Die „Quellen des Zustroms“ der Arbeiter nach den Städten müssen verstopft werden. Auf die „postitiven Reformen“ legt die Korrespondenz keinen Wert. — Natürlich würden die Neubauten der Kommunen nur wieder mehr Platz für Zuziehende schaffen. Es liegt aber im Interesse der Junker, daß solcher nicht vorhanden ist, damit die Reizuziehenden keinen Platz finden und nun nach den Bestimmungen des Entwurfs auf dem Lande bleiben müssen. Der Beifall der Junker kennzeichnet die Reform zur Genüge als ein unrationales Nachwerk.

Eine wertvolle Aufklärung verdanken wir der „Kons. Korresp.“; sie schreibt:

„Im „Pommerschen Volkskalender“ für 1901, den die Socialdemokratie in vielen Tausenden verbreitet, ist der Landbesitz der größten Grundbesitzer in Deutschland zusammengestellt. Dann heißt es: Siebzehn der größten Grundbesitzer haben zusammen 18 400 000 Morgen Land. Nun rechnet einmal zusammen, wieviel siebzehn von Euch Landwirten haben.“

Die Rechenaufgabe würde aber erheblich interessanter und für die Socialdemokraten bedeutungsvoller sein, wenn sie folgendermaßen gestellt würde: Die vier „Genossen“ Webel, Singer, Wolmar und Krons haben zusammen — sagen wir gering taxiert: zehn Millionen Mark im Vermögen, dazu das entsprechende Einkommen und Willen. Nun rechnet einmal aus, wie viel vier von Euch Arbeitern an Vermögen, Einkommen und Willen besitzen!

Diese vier Heuchler! Wenn wir sie einmal schröpfen wollten, dann jammerten sie immer, sie besäßen bl-ß jeder knapp zwei

Millionen und jetzt müssen wir aus gegnerischen Blättern erfahren, daß sie außer ihren Willen und ihrem Einkommen noch zusammen mindestens 10 Millionen besitzen.

Na wartet!

Gegen die Volksschule. Die der „Frankf. Jg.“ von einer Seite, die sich über Vorgänge im Kultusministerium wiederholt gut unterrichtet zeigte, mitgeteilt wird, ist man daselbst bemüht, einen Mittelweg einzuschlagen. Das Schuldotations-Gesetz soll sich ganz im Rahmen eines Finanzgesetzes halten, aber nebenbei und so zu sagen in einem Nebenlage soll von dem Konfessionellen Charakter der Volksschule wie von einer unzweifelhaften Tatsache die Rede sein, so daß damit ohne allen programmatischen Aufwand die gesetzliche Grundlage, auf die man sich später berufen könnte, geschaffen werde.

Wertwändig lange Zeit braucht man, um die Beschwerden, die gegen den Hauptmann v. Vesser erhoben worden sind, nachzuprüfen. Ein eigentlicher Bericht aus Kamerun ist noch nicht eingegangen. Der Kommandeur der Schutztruppe, Major v. Kampf, der gegenwärtig auch den Gouverneur vertritt, hat, wie verlautet, nur die Beschwerden der beiden Offiziere gegen den Hauptmann v. Vesser eingeleitet, welche der Major bei seinem Eintreffen im Schutzgebiete vordank und die ihn zur Abberufung des Hauptmanns v. Vesser veranlaßten. Es soll auch Hauptmann v. Vesser selbst zu einem Bericht aufgefordert werden; auch wird eine genaue Untersuchung der Sache angestellt, dann erst wird eine Veröffentlichung der Vorgänge erfolgen. — Die Grausamkeiten, die dem Hauptmann v. Vesser und seiner Expedition vorgeworfen werden, haben sich in den ersten Monaten dieses Jahres abgespielt.

Nationalliberaler Jugendbund, die Vereinigung, auf die der allerschönste Nationalliberalismus seine ganze Hoffnung setzt, hat am Sonntag in Köln eine Vertreter-Versammlung abgehalten. Es wurde die Gründung eines deutschen Reichsverbandes beschlossen, der alle bereits bestehenden und noch zu gründenden Vereinigungen umfassen soll. Als Vorsitzender des Verbandes wurde Gerichtsassessor Dr. Fischer-Köln gewählt. In einer später stattfindenden Vertreter-Versammlung sollen die Satzungen festgesetzt werden.

Bayrische Loyalität.

Prinz Rupprecht von Bayern, unser zukünftiger König, wird belanlich seine Residenz in Bamberg haben. Die loyalen Bürger der alten Bischofsstadt wollen den Einzug des zukünftigen Landesvaters mit seiner jungen Gemahlin zu einer großen Ovation bemerken. Nur eine kleine Bedingung hat man daran geknüpft, nämlich daß der Einzug des fürstlichen Paares entweder vor dem 20. oder nach dem 22. Oktober stattfinden müsse, weil in der Zwischenzeit Barnum und Bailey Vorstellungen dort zu geben beabsichtigen und folglich auch keine Zeit für andere Feste vorhanden ist. Da die Wittelsbacher in Bezug auf Ovationen nicht verwehrt sind — bei dem alljährlichen Central-Landwirtschafts-Fest (Oktoberfest) und anderen Veranstaltungen wird das deutlich bewiesen —, so ist man in München auf diese Bedingung eingegangen und der Einzug wird erst in den letzten Tagen des Oktober stattfinden.

Anarchistenhaß. Aus New York wird gemeldet, daß die Untersuchung über das angebliche Anarchistenkomplott zu keinem Ergebnis geführt hat. — In Rom verhaftete die Polizei drei aus New York angelaufene angebliche gefährliche Anarchisten. Ebenso wurden neun aus Ancona eingetroffene Anarchisten in Haft genommen.

Ausland.

Ungarn.

Beschränkung der Annahme von Bestellungen durch Geschäftsfreisende. Der im Abgeordnetenhaus angenommene Gesetzesentwurf, der die Geschäftsfreisenden in ihrem Beruf wesentlich beschränkt, entspricht etwa dem deutschen Verbot des Detailreisens. Der Entwurf verbietet den Geschäftsfreisenden, bei Privatkunden Geschäftsaufträge zu sammeln, wenn sie nicht zuvor schriftlich eingeladen worden sind, die Kunden zu besuchen. Der Handelsminister ist bei der Abfassung dieses Entwurfs vor der Ansicht gelehrt worden, einseitig den Detailhandel in der Provinz von der „übermächtigen“ Konkurrenz namentlich der ausländischen Industrie zu schützen und andererseits gewissen Mißbräuchen in Bezug auf das Kartengeschäft, die durch reisende Agenten hauptsächlich in großer Anzahl begangen werden, einen Riegel vorzulegen. Es sind geradezu drakonische Strafbestimmungen, welche der Entwurf auf das Sammeln von Bestellungen bei Privatkunden legt, nämlich eine Arreststrafe von 30 Tagen und Geldbußen von 20–600 Kronen. In Deutschland hat das Verbot des Detailreisens bekanntlich den von den Künstlern erhofften Erfolg nicht gehabt; es ist schade, daß die Ungarn gerade die Fehler unserer wirtschaftlichen Gesetzgebung nachahmen.

Frankreich.

Eine bemerkenswerte regierungsfreundliche Rede hat am Sonntag der Abile Louis Bourgeois, ehemaliger Ministerpräsident in Suippes gelegentlich eines Festes des republikanischen Vereins gehalten. Er sprach seine Verurteilung darüber aus, daß durch die Energie des Kriegsministers die Mißverständnisse zwischen Völkern und Herr befähigt seien. Das Herr sei an seinem Platze, wenn es für die Verteidigung der Grenzen und der Gesehe Sorge. Bourgeois forderte, daß die Regierung alsbald nach Zusammenritt des Parlaments die Reformen des republikanischen Programms einführe, das heißt, daß sie die kirchlichen Kongregationen bekämpfe; es dürfe nicht Leute geben, die einen fremdlichen Führer geborgen; der Katholizismus sei eine Religion, aber der Klerikalismus sei eine Politik. Die Regierung müsse den Nationalismus bekämpfen und den Patriotismus befähigen. Nebst dem zum Schluß auf die auf dem freien Willen aller freien Bürger begründete Republik.

Belgien.

Kulturträger am Kongo. Ein vom Kongo in Antwerpen eingetroffener Postdampfer überbringt die Nachricht: Der Gerichtshof in Yoma verurteilte den Agenten Moray, der den Häuptling Kibu im Kongolese-Bezirk Kivete, zu zehnjähriger Zwangsarbeit und den Agenten Matys, der angeklagt war, mehrere Eingeborene geißelt zu haben, zu sechsjähriger Zwangsarbeit. Die Verurteilten waren gefällig, erklärten jedoch, auf mündliche Weisung Vohaires gehandelt zu haben.

England.

Neue Annektionen. Die „Times“ melden vom 8. d. M. aus Karotonga: Der Gouverneur von Neu-Seeland, Lord Ranfurly, ist heute hier gelandet und hat auf einmütigen Ersuchen der Hauptlinge die Cook-Inseln formell annektiert.

Amerika.

Zur Präsidentschaftswahl. New York, 22. Oktober. Die Anhänger Mac Kinleys haben beschlossen, ihrem Kandidaten am 8. November eine große Kundgebung anlässlich des Einzugs in New York zu erwirken. 150 000 Mitglieder aller Gewerkschaften und Genossenschaften werden an der Kundgebung und dem Umzuge teilnehmen.

Afrika.

Der Präsident Krüger ist nun programmgemäß mit der „Gelbesand“ nach Europa abgereist. Die Gemeindevertretung von Marseille hat beschlossen, dem Präsidenten Krüger keinerlei offiziellen Empfang zu bereiten. Es solle überhaupte jede Kundgebung, welche einen einigermaßen offiziellen Charakter trage, vermieden werden. Ebensovem werde irgend ein Aufzug oder eine lärmende Straßenkundgebung zu Gunsten Krügers gestattet werden. — Wie dem „Figaro“ berichtet wird,

werden mehrere fremdländische Abordnungen in Marseille eintreffen, um den Präsidenten Krüger zu begrüßen. Dr. Leys dürfte Krüger bis Port Said entgegenfahren. — Das irische Transvaal-Komitee in Dublin hat einstimmig beschlossen, dem Präsidenten Krüger bei seiner Ankunft in Europa eine Adresse zu überreichen. Eine Abordnung begibt sich zur Ueberreichung nach Frankreich. Die Adresse wird in englischer, holländischer, französischer und irischer Sprache gedruckt werden.

Hast gleichzeitig mit Krüger hat sich in Durban der General Buller nach Europa eingeschifft.

Ueber Stattegehalte Gesechte wird berichtet: Die Boeren wurden bei ihrem Angriff auf Jagersfontein von Bewohnern der Stadt, Männern und Frauen, unterstützt; sie wurden unter schweren Verlusten zurückgeschlagen. Bei einem Marsche nach Beersuit übergraschte Lord Methuen Lemmer; er erbeutete 225 Wagen und machte 12 Gefangene. Die Boeren wurden durch berittene Infanterie aus ihrer Stellung an der Eisenbahn bei Kroonstad geworfen; auch bei Pauremsmith und Frederiksbaad erlitten die Boeren Niederlagen. Aus Stanterton wird mitgeteilt: Kleine Boeren-Abteilungen, die aus dem Norden zurückgekehrt sind, nach dem Buller sie nicht weiter verfolgte, bedrohen jetzt die englischen Verbindungslinien, sie gingen, um ihren Namen nahe zu sein, auf Umwegen südwärts. An einigen kleineren Stationen unterlassen sie die Schilddrüsen jeden Anruf, da die Boeren denselben neuerdings durch Feuer beantworteten. Vorige Woche haben die Boeren die Bahn östlich und westlich von Standerton ausgerissen, ohne indessen viel Schaden anzurichten.

Partei-Nachrichten.

Zur Stichwahl in Brandenburg-Westhavelland. Das sozialdemokratische Wahlkomitee für Brandenburg-Westhavelland ersucht alle diejenigen Parteigenossen, welche eingeschriebene Wähler in Brandenburg-Westhavelland sind, zur Zeit aber außerhals, etwa in Berlin und Umgebung, arbeiten, dringend, am nächsten Freitag, den 28. Oktober zur Stichwahl im Kreise erscheinen und ihr Wahlrecht ausüben zu wollen. Es gilt, mit allen Mitteln zu verhüten, daß die Zwangswähler der schwarzen Dörfer das aufgellarte Proletariat der Städte und vorgeschrittenen Dörfer im Kreise noch einmal überstimmen. Es kann unter Umständen von wenigen Stimmen abhängen, wenn der Sieg zufällt. Die betreffenden Genossen wollen sich am Wahltag noch Abgabe ihrer Stimme beim Wahlkomitee in Ormo Haus Restaurant, Neustadt, Heidestr. 75, melden.

Das gothaische Herzogtum bleibt vorläufig als solches erhalten und wird nicht in eine sozialistische Republik umgewandelt, da die gefährliche sozialistische Majorität noch einmal von dem Landtage abgewandt ist. Im neunten Landtags-Wahlbezirk, der ausschlaggebend für die Frage der Wehrzeit war, unterlag unser Genosse Wolff mit 20 Stimmen in der Stichwahl dem freisinnigen Pfahlbürger aufatmen.

Korbmacher Fischer redivivus. In Wiesfeld beriet eine Parteiversammlung über den Anschluß eines gewissen Wächel aus der Partei. Bevor man zu einem Beschluß kam, erklärte Wächel selbst seinen Austritt und drohte mit der Herausgabe einer Drohschüre über die Zustände in der Partei. — Durch Austritt des Herrn Wächel dürften diese sich bedeutend gebessert haben.

Aus der russischen Arbeiterbewegung. In „Vorwärts“ wurden schon die Urteile erwähnt, die über Teilnehmer an dem Begräbnis des Genossen Bezghnowicz verhängt wurden.

Jetzt sind nähere Angaben darüber da. Von den 200 arretierten Arbeitern und Arbeiterinnen wurden gegen 100 Personen freigelassen. Die übrigen wurden verurteilt und zwar die Auswärtigen zu 2 Monaten Gefängnis und 3 Jahre Verbannung nach ihrem Heimatsort unter Polizei-Aufsicht, die Warschauer zu 3 Monaten Gefängnis und 2 Jahre Polizei-Aufsicht. Das Centralkomitee der Sozialdemokratischen Partei Polens und Litauens hat anlässlich dieser Urteile in Warschau 200 Flugblätter verbreitet, die in einer Geheimgedruckerei in Polen gedruckt wurden.

Verschiedene sozialistische Organisationen in Rußland und Polen sind mit einem Protest gegen das Warschauer Urteilstel hervorgetreten. Die Sozialdemokratische Partei Rußlands hat in allen bedeutenden Städten Flugblätter darüber verbreitet. In diesen Tagen erschien auch ein Aufruf des „Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Rußland und Polen“, der in allen Städten Polens und Litauens verbreitet wurde.

In Witebski wurden große Verhaftungen vorgenommen. Ueber 100 Arbeiter, Arbeiterinnen und auch Intelligente wurden arretiert. Von den Verhafteten wurden viele bald befreit; 48 Mann blieben aber im Gefängnis. Es wurde viel illegale Literatur gefunden. Die Verhafteten werden in Verbindung mit dem „Allgem. jüdischen Arbeiterbund in Rußland und Polen“ gebracht.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung, Schuhmacher! In einer am Freitag, den 19. d. M. stattgefundenen öffentlichen Schuhmacher-Versammlung ist über die Schuhfabrik von Kertzen, Barnimstr. 2, bis auf weiteres die Sperre verhängt worden. Wir ersuchen die Kollegen, diesen Beschluß zu beachten. Die Ortsverwaltung des Vereins deutscher Schuhmacher.

Deutsches Reich.

Die Porzellanarbeiter in Rudolfsstadt haben mit der Firma Schäfer u. Vater einen schweren Kampf auszufechten. Seit drei Wochen befinden sich hier 66 Arbeiter und Arbeiterinnen im Ausstand, ohne daß gegenwärtig eine Beendigung der Differenzen voraussehen ist. Dieser Tage standen Verhandlungen vor dem Gemeindericht an, die aber resultatlos verliefen, da die Chefs der Firma erklärten, daß sie künftig überhaupt keine Mitglieder des Porzellanarbeiter-Verbands mehr beschäftigen wollen. Immerhin haben die Verhandlungen vor dem Einigungsamt ganz beachtenswertes Material geliefert. Diefelben haben ergeben, daß in den Porzellanfabriken fast durchweg wahrhaft grauenhafte Zustände in Bezug auf Reinlichkeit bestehen müssen. Zweimaliges Ausleihen die Woche und allsonntägliches Scheuern, vielleicht auch noch drittes Mal kehren bei den Formern, bezeichnet der als Sachverständiger geladene Fabrikinspektor Brecht als das höchste Maß aller Vollkommenheit; er konnte nur drei Porzellanfabriken im Lande als sehr sauber bezeichnen (von 30). Am kann man sich vorstellen, was es heißt, in einer Porzellanformerei nur ein- oder zweimalig wöchentliches Ausleihen. Die Arbeitsstätten gleichen oft schon mehr den reinsten Kallgruben, und der Staub wirbelt in dichten Wolken auf, Lungen und Augen reizend. Hochinteressant war die fernere Aussage des Fabrikinspektors betr. der Arbeitszeit. Er gab sich nämlich die möglichste Mühe, die Chefs der Firma für eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden zu erwärmen und konstatierte dabei, daß er vor kurzem mit einem Fabrikbesitzer gesprochen habe, der sich lange gestraubt, eine kürzere Arbeitszeit einzuführen. Jetzt aber löste nichts in der Welt den Mann bewegen, wieder zur längeren Arbeitszeit zurückzulehren, denn er könne konstatieren, daß heute bei der verkürzten Arbeitszeit ebensobiel fertig werde als früher bei der längeren, und dabei sei der materielle Nutzen ganz auf seiner Seite, da er heute weniger Heizung, Beleuchtung und Kraft brauche als vorher. Das ist zwar eine alte Weisheit, die uns Sozialdemokraten längst bekannt ist, aber immerhin ist solch ein Geständnis von der Seite doppelt interessant. War es doch gerade Herr Brecht, der noch in seinem 1894er Bericht sich bitter darüber beklagte, daß die Sozialdemokratie durch ihre Agitation die Unzufriedenheit unter die bis dahin „zufriedenen“ Arbeiter des Thüringer Waldes getragen habe.

Nachklänge vom Maurerstreik in Dortmund. Ein streikender Maurer wurde im Juli d. J. in einer Unterredung, die er mit einem zugezogenen Kollegen pflog, durch einen Schuttmann gestört. Wie in der göttlichen Bestimmung nicht weiter verunwunderlich, sollte der Maurer für die unerbetene Mißhandlung des Beamten auch noch 10 M. Strafe bezahlen. In einer drei Tage nach der Strafverfügung stattgefundenen Streiterversammlung brachte der Betreffende die Affaire, die sich am Bahnhof abgespielt, zur Sprache und sprach dabei in bespottlicher Weise von der Legitimationsmarke des Beamten. Dafür erhielt er zwei Wochen Gefängnis.

Ausland.

Niedermecklung von Arbeitern in Ungarn.

Nach Nachrichten aus Agram kam es Mittwoch in dem an der Drau gelegenen Kohlenbergwerk „Ferdinand“ zu einer furchtbaren Gendarmenschießerei. Die im Werk beschäftigten kroatischen Arbeiter waren aufs äußerste gereizt, weil der Werkingenieur Wendelin Sawliczel die czechischen Arbeiter bevorzugte und ihnen höhere Accordlöhne bewilligte. Die Kroaten forderten die gleichen Löhne und entsandten eine Abordnung an Ingenieur Sawliczel. Dieser wies die Deputation aus der Kanglei hinaus.

Hierauf wollten die Kroaten die czechischen Arbeiter aus dem Werk vertreiben, und als Ingenieur Sawliczel für diese Partei ergriff, wandten sich die Kroaten gegen den Ingenieur, der sich in die Kanglei flüchtete. Die Arbeiter erbrachen jedoch die Thür und mißhandelten ihn.

Unterdessen waren Gendarmen angekommen, die die kroatischen Arbeiter aufforderten, auseinanderzugehen. Die Kroaten wichen nicht vom Platze, worauf die Gendarmen auf die Menge eine Salve abgaben. Acht Arbeiter wurden getötet und zwanzig verwundet, von denen vier dem Tode nahe sind. Nach der abgegebenen Salve lief die Menge auseinander. Eine Kommission führt die Untersuchung an Ort und Stelle.

Jene Arbeiter, die zum Angriff auf den Ingenieur Sawliczel aufgereizt hatten, wurden verhaftet.

Der Eisenbahnarbeiterstreik in Triest ist bereits beendet. Nachdem die Südbahn-Gesellschaft zu einer Erhöhung der Accordlöhne bis zu einem Gesamtaufwande von 100 000 Kronen pro Jahr sich bereit erklärt hatte, nahmen am Montag früh die Magazin-Arbeiter und Verschleber der Südbahnstation die Arbeit wieder auf. Es arbeiten wieder 500 Mann. Die zur Ausfülle herbeigezogenen Arbeitskräfte wurden vorläufig noch nicht entlassen.

Die Diamant-Arbeiter in Antwerpen sind in einem Generalstreik zur Erkämpfung des achtstündigen Arbeitstags eingetreten. Es sind etwa 3000 Arbeiter an dem Streik beteiligt.

Möbeltischler!

Sieben Wochen haben sich die Möbeltischler Göttingens im Ausstand befunden. Am Vorfrömmel dieses Jahres kündigten die Arbeitgeber die alten Abmachungen und verlangten, daß ein großer Teil neuer, für die Arbeiter unannehmbare Bestimmungen eingeführt werde. Da durch Verhandlungen kein Ausgleich zu erzielen war, haben sich die Arbeiter genötigt, am 28. August die Arbeit niederzulegen, trotzdem sie nichts anderes als die Erneuerung der alten Abmachungen verlangt hatten.

Die Arbeitgeber antworteten hierauf mit einer allgemeinen Ausspernung; doch es gelang ihnen nicht, hierdurch etwas zu profitieren. Die Arbeiter sind nämlich alle organisiert und keiner ist im Kampf für diese gerechte Forderung zurückgewichen. Den Arbeitgebern blieb nichts anderes übrig, als die Ausspernung aufzuheben, was dann am 15. Oktober geschehen ist. Sie suchen nun durch prahlerische Annoncen in in- und ausländischen Zeitungen sich neue Arbeiter für die Plätze der alten zu verschaffen. Doch das soll ihnen nicht glücken! Die Arbeiter haben darauf mit einer allgemeinen Arbeitsniederlegung (Blockade) geantwortet und ermahnen nun alle deutschen Kollegen, auf keinen Fall nach Göttingen zu reisen, so lange der Streik dauert.

Kein Möbeltischler nach Göttingen!

Der Fachverein der Möbeltischler Göttingens. Alle deutschen Parteizeitungen werden um Abdruck dieses Aufrufs ersucht.

Lodz. Der Streik der jüdischen Weber endete mit einem Siege derjenigen Arbeiter, die bei den Zwischenmessen arbeiteten. Sie erhielten eine Lohnerhöhung um 70 Kopelen (1 R. 50 Pf.) pro Woche. Für die Fabrikweber aber ging der Streik verloren.

Gewerkschaftliches.

Eine Reihe Konig-Prozesse stehen auf der Tagesordnung: Aus dem Ermittlungsverfahren gegen „Udelmann“, wovon wir kürzlich berichteten, ist jetzt ein Strafverfahren gegen Berner und Genossen geworden. Berner war als parteipolitischer Redakteur der Antisemiten in Konig tätig, und es wird ihm zunächst zur Last gelegt, dort zwei Gerichtsbeamte, denen die Akten über die Koniger Mordaffäre zugänglich waren, bedrohen zu haben, ihm aus den Akten Material für die Zeitungen zu beschaffen. Die Staatsanwaltschaft nimmt an, daß sich B. der Beamtenbestechung und der Heblerei schuldig gemacht hat. Bei B., der als Buchhändler in Landsberg a. W. ansässig ist, sowie in den Redaktionen jener Zeitungen, die den Akteninhalt veröffentlichten, sind kürzlich Hausdurchsuchungen vorgenommen worden, die aber kein Ergebnis hatten. Berner und zwei Gerichtsbeamte sind verantwortlich vernommen worden.

Weiter steht ein Meineidsprozeß vor dem Schwurgericht in Weiden mit der Affaire in Verbindung. Der Privatsekretär Paul Orda aus Rattowitz hatte eidlich bekundet, es sei zur Zeit des Mordes in Konig gewesen und habe gesehen, wie Israelski nachts ein Paket in den Leich geworfen habe. Diese Aussage soll erfunden und Orda nie in Konig gewesen sein. Da er aber dabei bleibt, wird, wie oberflächliche Blätter melden, in den nächsten Tagen der Untersuchungsrichter mit Orda nach Konig reisen, um sich von ihm die betreffende Stelle zeigen zu lassen. Zur Verhandlung gegen Orda werden auch Zeugen aus Konig, darunter Israelski, geladen.

Gestern stand auch in Konig ein Meineidsprozeß zur Verhandlung: Dem Kaufmann Jacoby in Tschel, einem bisher unbescholtenen Manne, wurde eines Tags auf der Straße „Hep hep!“ nachgerufen. Er erstattete Anzeige und die Justiz erhielt den Strafmandat wegen groben Unflugs. Sie beantragten richterliche Entscheidung und gaben im Verhandlungstermin an, einer von ihnen habe „Hep, hep!“ gerufen und Jacoby darauf mit „Vämme!“, „Vorbasse!“ geantwortet, hierauf erst hätten sie insgesamt „Hep, hep!“ gerufen. Ein unbeteiligter junger Mann bestätigte diese Angaben. Jacoby, eidlich vernommen, bestritt, geschimpft zu haben und erklärte, daß ihm der Ausdruck „Vorbasse“ gar nicht bekannt sei. Das Schöffengericht nahm an, daß die jungen Leute gereizt worden seien. Hielt die Verteidigungen für kompensiert und erkannte auf Freisprechung. Ausmehr wurde bei der königlichen Staatsanwaltschaft in Konig Strafantrag gegen Jacoby wegen Meineids gestellt und gab die Staatsanwaltschaft dem Antrag Folge. Verteidiger des Angeklagten, der gegen Stellung einer Kaution von 5000 R. auf freiem Fuße belassen worden war, sind Rechtsanwalt Appelbaum-Konig und Justizrat Dr. v. Gordon-Berlin.

Donnerstag beginnt ferner in Konig der Meineidsprozeß gegen Wasloff und Genossen. Wasloff will bekanntlich in der Nacht nach der Ermordung Winters in dem Keller des Schlächtermeyers Levy, Angehörige der Familie Levy sowie mehrere andre jüdische Männer bei einer sehr verdächtigen Conterierung beobachtet haben, er will im Keller Wimmern und verächtliches Geräusch gehört, und alsdann bemerkt haben, wie mehrere Männer ein schweres

Paket an die Stelle am Mönchsee trugen, an welcher später Teile vom Körper Winter gefunden wurden. Diese Angaben hat Masloff vor dem Untersuchungsrichter beschworen. Die Anklagebehörde nimmt an, daß Masloff gelogen habe. Auch einige seiner Verwandten sind wegen Meineids unter Anklage gestellt.

Wegen Landfriedensbruchs hatten sich am Freitag in Konig vor dem Schwurgericht die Arbeiter Studnigk, Kosowski, Jünier, Mischke und Trapp aus Komarzyn zu verantworten, und zwar aus Anlaß eines Aufruhrs, der sich am 11. Juni d. J. in Komarzyn aus denselben Gründen wie in Konig ereignete und an dem die Angeklagten als Häufelührer und Teilnehmer beiläufig gewesen sein sollen.

Der Gerichtshof verurteilte Studnigk, Kosowski und Mischke zu je 3 Monaten 14 Tagen, Jünier zu 4 Monaten Gefängnis, unter voller Anrechnung der Untersuchungshaft. Trapp wurde freigesprochen.

Eine ähnliche Anklage wird am Dienstag und Mittwoch dieser Woche gegen eine Anzahl Einwohner der Stadt Luchel in Westpreußen zur Verhandlung gelangen und daneben laufen vor der Königlich Strafkammer Prozesse, die sich mit ganz gleichen Straftaten, wenn auch geringfügiger Art, in andern westpreussischen Städten beschäftigen.

Eine Anklage wegen unlauteren Wettbewerbs wurde gestern vor dem Schöffengericht gegen die drei Tischler Paul Kalisch, Bernhard Kregischmar und Paul Müller verhandelt. Die drei Angeklagten waren früher in dem großen Betriebe des Möbelfabrikanten W. Kammel, Frankfurter-Allee 117a, beschäftigt. Im März d. J. traten 24 Tischler aus dieser Fabrik aus und gründeten in der Radulstraße eine Genossenschaft unter der Firma „Genossenschaft Tischlerei Stern, G. m. b. H.“. Bald erfuhr Kammel, daß die neue Konkurrenz dieselben Möbel anfertigte, wie er und zwar mit solcher Genauigkeit, daß nur dieselben Zeichnungen, die er sich zu teuren Preisen hatte anfertigen lassen, verwendet sein mußten. Nachdem seitens der Staatsanwaltschaft abgelehnt worden war, gegen die drei vorgenannten Leiter die öffentliche Klage wegen unlauteren Wettbewerbs zu erheben, erreichte Kammel dies auf dem Wege der Privatklage. Im gestrigen Termin wurde angenommen, daß die Angeklagten sich während sie bei dem Kläger in Stellung waren, durch Nachpausen in den Besitz von Kopien der Originalzeichnungen gesetzt hätten. Es wurde auch angenommen, daß diese Zeichnungen als Geschäftsgeheimnisse anzusehen seien. Während der Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt Bronner, den Fall als einen besonders typischen bezeichnete und eine strenge Bestrafung der Beklagten beantragte, suchte der Verteidiger, Rechtsanwalt Leonh. Friedmann, den Nachweis zu führen, daß das Nachpausen der Zeichnungen keineswegs erwiesen sei, ein Tischler, der viele Jahre lang dergleichen Möbel angefertigt habe, könne auch durch Photographie, sowie durch Nachzeichnungen der im Schaufenster ausgestellten Stücke auf erlaubte Weise in den Besitz von Modellen gelangen. — Der Gerichtshof hielt die Angeklagten des unlauteren Wettbewerbs für überführt und erkannte auf eine Geldstrafe von je 500 Mark.

Der Ueberfall, dem der Kriminalbeamte Karge in der Nacht zum 7. d. M. ausgesetzt war, beschäftigte gestern bereits das Schöffengericht. Herr Karge war in der genannten Nacht mit seiner Familie auf dem Heimweg begriffen. Als er durch die Listerstraße ging, bemerkte er, daß vier junge Leute mit großen Steinen nach den Laternen warfen. Karge stellte sich als Kriminalbeamter vor und verbot den Unfug. Sofort fielen die vier Burichen über den Beamten her und richteten ihn furchtbar zu. Zum Glück kam dem Bedrängten ein Schankwirt zu Hilfe, es gelang, zwei der Thäter, die Arbeiter Hermann Gierke und Karl Wiant, festzunehmen, die beiden andern Schläger sind noch nicht ermittelt, man ist ihnen aber auf der Spur. Karge mußte blutüberströmt nach der Sanitätsküche gebracht werden, er ist zwei Wochen lang dienstunfähig gewesen. Der Gerichtshof verurteilte Gierke zu drei Monaten, Wiant zu einem Monat Gefängnis.

Silberdiebstähle im Garnisonlazarett I führten gestern den Instrumentenmacher Hermann Hartmann unter der Anklage des schweren Diebstahls und den Uhrmacher Leopold Loew unter der Anklage der schweren Hehlerei vor die zweite Strafkammer des Landgerichts I. Hartmann war seit dem vorigen Jahre in dem Garnisonlazarett I mit dem Reinigen von Instrumenten beschäftigt. Eines Tags bemerkte er in einem offenstehenden Spinde ein verschärftes und versiegeltes Paket, welches mehrere Rollen Silberdraht enthielt und verwendete daraus 127 Rollen Silberdraht im Werte von 1108 Mark. Einige Zeit darauf stahl er wieder aus einem Spind 5 Schachteln mit 125 Rollen Silberdraht im Werte von 1089 Mark und schließlich noch einmal eine Schachtel mit 25 Rollen im Werte von 218 Mark. In den letzten beiden Fällen war das Spind verschlossen und von dem Angeklagten mit einem falschen Schlüssel geöffnet worden. Den Silberdraht hat er alsbald bei Loew verkauft. Den zuletzt gestohlenen Karton mit 25 Rollen hatte er, als die Diebstähle entdeckt wurden, noch nicht aus dem Lazarett fortgeschafft. Er verbarg den Karton zunächst unter einem Spind und als er dann des Diebstahls bezichtigt wurde, räumte er die Diebstähle sofort ein und holte den Karton aus dem Versteck hervor. Hartmann behauptete, daß Loew gewußt habe, daß die an ihn verkauften Rollen Silberdraht aus dem Lazarett entwendet waren. Loew bestritt diese Behauptung ganz entschieden und behauptete, daß er stets sofort Anzeige bei der Polizei erstattet habe, wenn ihm beim Einkauf von Gold- und Silberwaren irgend welche verdächtige Umstände aufgefallen seien und daß jetzt noch eine Menge von ihm freiwillig abgelieferter Sachen auf der Kriminalpolizei in Aufbewahrung seien. Rechtsanwalt Leopold Meyer führte für den Angeklagten auch noch ins Gesicht, daß der Vater des Loew nach dem ersten Kauf eine Probe Silberdraht dem Kriminalkommissar v. Wasmann zur Prüfung vorgelegt habe, ob der Verdacht einer strafbaren Handlung des Hartmann vorliege. Dieser habe geantwortet, daß nichts angezeigt werden sei. Hartmann hatte dem Loew einmal gesagt, er habe zu viel eingekauft, ein andres Mal hatte er als Grund des Verkaufs angegeben, daß er jetzt andre Stärken bei seinen chirurgischen Instrumenten gebrauche. Nach Vernehmung des Generalarztes des Garnisonlazarets I, Dr. Jahn, beantragte der Staatsanwalt gegen Hartmann 1 Jahr Gefängnis, gegen Loew neun Monate Gefängnis. Der Verteidiger führte dagegen aus, daß bei letzterem von einer Hehlerei gar keine Rede sei. Der Gerichtshof verurteilte Hartmann zu 1 Jahr Gefängnis unter sofortiger Verhaftung, Loew dagegen wurde freigesprochen.

Heilapparate sind keine Geheimmittel, die zur Heilung von Krankheiten dienen. Die Firma Rudin u. Albrecht in Leipzig vertreibt die Heilapparate „Oxydonor-Bistore“ und „Panoxora“, deren äußerliche Anwendung gegen zahlreiche Krankheiten eine Heilwirkung ausüben soll. Die Apparate sollen im Stande sein, den in der Luft enthaltenen Sauerstoff aufzufangen und den Menschen zuzuführen, die durch Schnallenbänder, Gurte etc. damit verbunden sind. Der Inhalt einer zu den Apparaten gehörigen Halle ist nicht bekannt, sondern das Geheimnis eines amerikanischen Erfinders. Die genannte Leipziger Firma hatte nun die Apparate in der „Magdeburgerischen Zeitung“ angepriesen, ebenso in Kalendern, die sie in Magdeburg verbreiten ließ. Die Firmeneinhaber wurden daraufhin beschuldigt, eine Oberpräsidial-Verordnung übertreten zu haben, die, gleich ähnlichen Verordnungen in allen andern preussischen Provinzen, das öffentliche Anklagen von Geheimmitteln, die zur Heilung von Krankheiten dienen sollen, verbietet. Das Landgericht verurteilte dem auch die Angeklagten zu Geldstrafen, wogegen sie Revision einlegten und geltend machten, Heilapparate seien keine Heil- oder Geheimmittel im Sinne jener Verordnungen. Das Kammergericht gab der Revision statt und sprach die Angeklagten mit folgender Begründung frei: Das Landgericht habe den Begriff Geheimmittel verkannt, wenn es die Apparate als solche ansehe. Unter Geheimmittel wären nur Heilmittel zu ver-

stehen, die dem menschlichen oder tierischen Körper in Arzneiform eingeführt würden, nicht aber äußerlich angewandte Apparate, denen eine heilsame Einwirkung auf den Körper zugesprochen werde. Auf diese Apparate treffe das Gesetz zu, wie auf das sogenannte Volkskreuz, das ebenfalls nicht als Geheimmittel gelten könne.

Zwei Urteile. Aus Kachen wird uns geschrieben: Ein Ziegeleibesitzer aus Eschweiler, welcher mit Vorliebe Arbeiterinnen in seinem Betrieb beschäftigt, obwohl diese Arbeit belamtermaßen eine sehr schwere ist, hatte Arbeiterinnen bis zu 15 Stunden täglich ausgenutzt. Außerdem hatte er eine jugendliche Arbeiterin nicht in das Verzeichnis der jugendlichen Arbeiter eingetragen. Trotzdem der Angeklagte wiederholt wegen derartigen Vergehens vorbestraft war, wurde er nur zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Eine derartige Strafe scheidet die Unternehmer nicht.

In dem zweiten Fall handelte es sich um eine Urkundenfälschung. Ein Schlossergeselle aus Luxemburg wurde von einem Fabrikanten in Neutral-Moresnet, bei dem er gearbeitet, noch 5 Fr. zu fordern. Er schreibt sich selbst eine Zahlungsanweisung und versucht, den Betrag an der Kasse einzuziehen. Dabei wird er abgelehnt und nach Kachen in Untersuchungshaft abgeführt. Da die That nun in Neutral-Moresnet verübt war, so mußte er nach den ganz veralteten Bestimmungen des Code penal verurteilt werden und lautete das Urteil auf das geringste zulässige Strafmaß von fünf Jahren Zuchthaus. Bei der Urteilsverkündung wurde dem Angeklagten anheimgegeben, ein Gnadengeßuch um Herabminderung des Strafmaßes einzubringen.

Jungbier ist ein giftiges Getränk und deshalb nach § 56 Absatz II Ziffer 1 der Gewerbe-Ordnung vom Festhalten im Umherziehen ausgeschlossen. So hat das Kammergericht in einem Strafverfahren gegen den Branereibesitzer Volle entschieden. Volle war vom Landgericht in Raumburg zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er seine Auktorität dazu benutzte hatte, 3 Beiräte zu bestimmen, auf seine Rechnung Jungbier im Umherziehen feilzubieten. Das Kammergericht verwarf die Revision Volles und führte aus, Jungbier sei, obwohl es keinen Alkohol enthalte, zu den giftigen Getränken zu rechnen, da es Alkohol entwidelt, nachdem es die Käufer in Flaschen „aufgestellt“ hätten. Ein wunderliches Urteil!

Das Kammergericht hat Bedenken gegen die Rechtsgültigkeit der Berliner Polizeiverordnung vom 1. Januar 1900, nach deren § 1 Gegenstände, Mittel, Einrichtungen und Methoden, welche dazu bestimmt sind, die Empfängnis zu verhüten oder sexuelle Erregungen hervorzurufen, weder öffentlich angepriesen, angeklündigt, noch in öffentlichen Anstalten zur Anwendung gebracht werden dürfen. Gegen diese Bestimmung sollte sich der Buchhändler Rischmann dadurch vergangen haben, daß er in seinem Schaufenster ein Buch des Dr. Schröder so auslegte, hatte, daß man von der Strafe nur den folgenden Titel lesen konnte: „Die Verhütung der Empfängnis aus Ehe.“ Die Staatsanwaltschaft erwiderte hierin, indem sie von denselben Erwägungen, wie in dem neulich von uns mitgeteilten Falle ausging, die Ankündigung von Methoden, diesmal von solchen zur Verhütung der Empfängnis. Der Angeklagte wurde jedoch in zweiter Instanz freigesprochen, weil wegen des von nationalökonomischen Erwägungen ausgehenden Inhalts des Buchs nicht einmal von einer verschleierte Ankündigung derartiger Methoden die Rede sein könne. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und forderte die Bestrafung des Beschuldigten. Rechtsanwalt Hahn, der diesen vor dem Kammergericht vertrat, machte geltend, die Verordnung wäre auf jeden Fall insofern rechtswidrig, als sie auf den Buchhandel bezogen werden könnte. Wollte man der Staatsanwaltschaft folgen, dann könnte die Polizei sogar hochwissenschaftliche Bücher aus den Schaufenstern fernhalten und ihre sonstige öffentliche Ankündigung unterdrücken. Uebrigens handele es sich auch hier um eine tiefste Schrift. — Das Kammergericht verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender eigenmächtigen Begründung: Der Senat habe bezüglich der Rechtsgültigkeit der Verordnung vom 1. Januar 1900 erhebliche Bedenken. Er könne aber im vorliegenden Falle von einem Einsprechen absehen, weil die Revision schon deshalb abzuweisen sei, weil der Vorbestrafte unangreifbar tatsächlich festgestellt habe, daß nicht einmal eine verschleierte Ankündigung einer Methode erfolgt sei.

Versammlungen.

Der Verein der Zimmerer (Vertrauensmänner-Centralisation) hielt am Sonntag eine Generalversammlung ab. Der Kassierer Wegner erstattete den Rechenschaftsbericht für das dritte Quartal. Die Einnahmen betragen 8967,50 M., die Ausgaben 8966,97 M., der Ueberschuß 500,53 M. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt, ebenso dem Vergütungskomitee, dessen Abrechnung vom Stiftungsfest Höhe erstattete. Der folgende Punkt der Tagesordnung: „Unser Lohn- und Arbeitsverhältnisse im nächsten Jahre, nahm das Hauptinteresse der Versammlung in Anspruch. Die der Referent zunächst ausführte, hat sich das Besiechen des Einigungsvertrags im Baugewerbe für die Arbeiter als günstig erwiesen und soll deshalb die Verlängerung des Vertrags auf ein Jahr bestritten werden. Bei den demnächst stattfindenden Beratungen der Arbeiter-Kommission über die Arbeitsbedingungen des nächsten Jahres solle aber mit Rücksicht auf die derzeitige Teuerung der Lebensmittel eine Lohnerhöhung von 2/3 Pf. für die Stunde beantragt werden, die am 1. April, oder falls das nicht erreichbar, doch am 1. Juni in Kraft zu treten habe. Die Zimmerer fühlen sich zu dieser Forderung umso mehr veranlaßt, als auch die Maurer bei der Forderung dieser Forderung stehen wollen. Außerdem sollen in dem neuen Vertrage noch einige Lebensveränderungen Aufnahme finden. Nach längerer Diskussion, in der sich im allgemeinen volles Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten behauptete, nahm die Versammlung eine Resolution an, die im Einverständnis mit dem Beschluß einer am 17. Oktober stattgehabten Baudeputierten-Sitzung ihre Vertreter in der Arbeiter-Kommission beauftragt, bei der Erneuerung des Vertrags eine stufenweise Lohnerhöhung zu fordern und sich in diesem Sinne mit den Vertretern des Central-Verbands in der Kommission zu verständigen. — In die bestehende Rechtschutz-Kommission wurde H. Fischer an Stelle des ausscheidenden Mitglieds Obft gewählt.

Die Steinarbeiter hielten am Sonntag eine Versammlung im „Englischen Garten“ ab, in der der Vertrauensmann Walter den Bericht erstattete. Die Abrechnung vom 3. Quartal ergab eine Gesamteinnahme von 8823,70 M., die Ausgaben betragen 2688,32 M., so daß ein Restbestand von 1235,38 M. verblieb. Nach der Abrechnung vom 17. November vorigen Jahres bis 30. September dieses Jahres betragen die Einnahmen inklusive des alten Bestands von 885,10 M., insgesamt 9746,74 M.; die Ausgaben, darunter an die Geschäftsführung 5562,20 M., für Kranken-Unterstützung 518 M., Reise-Unterstützung 513 M., Pflegegeld- und Streik-Unterstützung 490 M. und 216,40 M. an andre Gewerkschaften, insgesamt 8311,36 M.

In derselben Zeit wurden 17 Versammlungen und 13 Platzvertreter-Sitzungen abgehalten. Daneben war eine umfangreiche Korrespondenz zu erledigen. Den Platzvertretern wurde aufgegeben, auf die Restanten einzuwirken, damit diese ihren Verpflichtungen nachkommen, und sollen in der nächsten Versammlung die weiteren Maßnahmen beschloffen werden. Als Vertrauensmann wurde Walter einstimmig auf ein Jahr wiedergewählt und ihm eine monatliche Entschädigung von 15 M. zugesprochen. Als Hilfskassierer wurde Marschall und als Revisoren Reuter, Hirte und Lieke gewählt. Außerdem wurde eine fünfjährige Kommission gewählt, welche der nächsten Versammlung über die Begleitung bei Ver-

gungen von Kollegen bestimmte Vorschläge machen soll. Zum Schluß der Versammlung wurden die verschiedenen Mißstände, welche auf dem Platz zielder herrschen, noch eingehend erörtert und insbesondere kritisiert, daß bei dem geringsten vorkommenden unverschuldeten Arbeitsfehler außerordentlich hohe Lohnabzüge gemacht werden. Das diesbezügliche Material wird dem Gesellenauschuß unterbreitet werden und soll dieser das Weitere veranlassen.

Die Arbeiter der chirurgischen Branche hielten am Dienstag, den 16. d. M., eine gut besuchte Versammlung ab, in welcher Schöffler über Ursache und Wirkung der wirtschaftlichen Krise sprach. Schöffler gab dann einen kurzen Bericht der Agitationskommission und wies nach, daß das Abhalten von Werkstellenversammlungen die beste Agitation für die Branche sei. Es ist der Kommission gelungen, in kurzer Zeit über 100 Mitglieder dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zuzuführen. Von einzelnen Rednern wurde schließlich noch das Verhalten des Werkführers Hering bei der Firma Dr. Müller einer eingehenden Untersuchung unterzogen.

In Groß-Lichterfelde sprach am Freitag Paul Göhre unter tausendem Beifall vor einer starkbesuchten Volksversammlung über das Thema: „Warum sind die Sozialdemokraten gegen die Weltmarktpolitik?“ In der Diskussion bekam zunächst ein Gegner, ein Herr Redenwald, das Wort. Ihm antwortete in schlichter aber treffender Weise der Arbeiter Wasser, während die gründliche Abfuhr unter großer Heiterkeit der Versammlung die Genossen Göhre und Wenzel besorgten. Nach einstimmiger Annahme der Protestresolution gegen die Weltmarktpolitik — Herr Redenwald war inzwischen verdrückt — schloß Genosse Dörheimer mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie die Versammlung.

Dysenterie.

Vom Grafen Waldersee, dem Weltgenossenschaftler, hören wir heute, daß er an Dysenterie, deutsch: Darmentzündung, erkrankt ist. Der reichliche Genuß von Lorbeergerichte scheint ihm nicht bekommen zu sein. Daß die Vorerkrankung diesen Krankeitsfall so sehr ernüchtert worden sind, daß sie auch neue zum Ausbruch entschlossen sind, ist nur eine jener schmerzhaften Erfahrungen, die mit Vorsicht aufzunehmen sind. Für die friedliche Entwicklung der chinesischen Angelegenheit können solche Darmaffektionen nur von Vorteil sein, wenn sie auch die Abhaltung von Paraden einigermaßen beeinträchtigen dürften. Warum hat sich aber Waldersee nicht vorher auf seine Tropenfestigkeit unterzogen lassen?

Von russischer Seite wird jetzt erklärt, daß die Rückkehr des russischen Gesandten nach Peking lediglich den Friedensverhandlungen zu gute kommen solle.

Friedensgeßuch.

Der Sinesische Gesandte in Paris hat dem Minister des Aeußeren Delcassé einen Brief des Kaisers von China an den Präsidenten Loubet überreicht, in welchem der Kaiser um die Vermittelung des Präsidenten zur schnellen Eröffnung von Friedensverhandlungen bittet.

Humische Vergnügungsdreien.

Das „Reutertische Bureau“ meldet vom 15. d. Mts. aus Peking: Die englische Kolonne ist, ohne auf Widerstand gestoßen zu sein, hier angekommen, sie fand die hiesigen Behörden durchaus freundlich gesinnt; das deutsche, das französische und das italienische Kontingent haben in der Stadt Quartiere genommen, die Engländer marschierten drei Meilen weiter vor und bezogen am Ostufer des Flusses ein Lager.

Die Rückkehr des russischen Gesandten.

Der „Regierungsbote“ meldet: „In den seiner Zeit veröffentlichten Regierungsmittellungen waren die Grundlagen angegeben, von welchen die kaiserliche Regierung sich leiten ließ, als sie den russischen Gesandten mit dem gesamten Gesandtschaftspersonal aus Peking nach Peking abberief. Da die kaiserliche Regierung keine anderen Ziele verfolgt, als die schnellste Wiederherstellung geordneter Beziehungen zu China, erklärte sie damals, daß, sobald eine gesetzliche chinesische Regierung mit genügenden Vollmachten verschiedene Vertreter zur Führung der Verhandlungen mit den Mächten ernenne, Auhland nach Uebereinkunft mit allen fremden Regierungen nicht zögern werde, seinerseits für diesen Zweck Bevollmächtigte zu ernennen, und sie an den zur Führung solcher Verhandlungen bestimmten Ort entsenden werde.“

Belgien in China.

Brüssel, 22. Oktober. Dem „Messager de Bruxelles“ zufolge soll der König der Belgier die Zustimmung Frankreichs zur Beteiligung Belgiens an der Aktion in China unter der Form erlangt haben, daß Belgien sich an der Bildung einer internationalen Gendarmerie für China beteiligen könne, deren Errichtung beschloffen sein soll.

Die neue Handelspolitik.

Frankfurt a. M., 22. Okt. Der „Frl. Stg.“ wird mitgeteilt: Nach einer zuverlässigen Information ist dem Wirtschaftlichen Ausschuss in der That der Zolltarif in Form eines Doppelstarifs, also mit einer Maximal- und Minimaltarif vorgelegt worden, und zwar angeblieh, weil die Anforderungen der Industrie auf Schutzzölle zum Teil eine fabelhafte Höhe erreichte. Es sollen I. Maximalzölle bei allen den Staaten zur Anwendung kommen, mit denen keine Vertragsabschlüsse zur Stunde kommen; II. der Minimaltarif mit beträchtlichem Abschlag gegenüber dem Maximaltarif mit denjenigen Staaten, mit denen Handelsverträge abgeschlossen werden, und zwar in beiden Fällen, ohne dazu die Zustimmung des Reichstags einzuholen; III. soll es der Regierung gestattet sein, unter den Minimaltarif herabzugehen, und zwar soll dazu in jedem einzelnen Fall die Zustimmung des Reichstags eingefordert werden. Damit ist die Hochschützölnerlei von der Regierung acceptiert worden.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Konig, 22. Oktober. (B. Z. V.) In dem Prozeß wegen wissentlichen Meineids gegen den Kaufmann Jakob Jacoby aus Luchel wurde der Angeklagte heute zu 1 Jahr Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt, und es wurde die sofortige Verhaftung Jacobys angeordnet.

Wien, 22. Oktober. (B. Z. V.) Antich wird gemeldet: Auf dem Bahnhof in Koblenz fuhr eine Rangierlokomotive, welche zwei nicht angekoppelte Wagen vor sich hatte, heute dem Zuge 104 nach, um demselben über mehrere infolge Umbaus des Bahnhofs im Fahrgeleise befindlichen Erhöhungen hindurchzueilen. Als die beiden Wagen auf dem Brechpunkt angekommen waren, rollten sie dem Schnellzuge in den tiefer liegenden Woselbahnhof nach und liefen auf den Zug auf. Zwölf bis fünfzehn Reisende erlitten Kontusionen.

Kapstadt, 22. Oktober. (Telegramm des Reutertischen Bureau.) Infolge der neuerdings wachsenden Unfähigkeit der Boeren im Oranje-Freistaat und der zunehmenden Benehtheit derjenigen Boeren, welche den Neutralitätsgeß leistet haben, den Feind zu unterstützen, haben sich die Militärbehörden für kräftige Maßnahmen entschieden, um die marodierenden Trupps (?) niedergzuwerfen und die Neutralen für jede Verletzung ihres Eids streng zu bestrafen.

Gegen das persönliche Regiment, gegen die Ausschaltung des Reichstags bei den einschneidendsten Angelegenheiten ist am 30. Oktober durch die Wahl unsres Genossen Georg Ledebow Protest einzulegen. Parteigenossen, sorgt durch eifrige Agitation dafür, daß dieser Protest wichtig und wirkungsvoll ausfalle!

Arbeiterinnen Berlins, wahret eure Rechte!

Die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, die zum Schutze der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter erlassen sind, werden vielfach seitens der Unternehmer nicht beachtet und die Rechte der Arbeiterinnen werden oft gekürzt.

Das Gesetz bestimmt: Die Arbeitszeit dauert für Arbeiterinnen über 16 Jahre 11 Stunden täglich, mit einstündiger Mittagspause; an Vorabenden von Sonn- und Festtagen nur 10 Stunden, und es muß die Arbeitsstätte an diesen Tagen bis spätestens 5 1/2 Uhr verlassen sein.

Jugendliche Arbeiter von 14-16 Jahren dürfen täglich nur 10 Stunden mit einstündiger Mittagspause sowie je 1/2 stündiger Frühstückspause und Vesperpause beschäftigt werden.

Kündigungen und Entlassungen. Gründe für sofortiges Verlassen der Arbeit sind z. B.: Unfittliche Angriffe der Unternehmer oder ihrer Vertreter, Tätlichkeiten, grobe Beleidigungen, unregelmäßige Lohnzahlung, bei Accordarbeit nicht ausreichende Beschäftigung usw.

Die Kündigungsfrist ist eine 14 tägige; sie kann durch gegenseitige Vereinbarung ausgeschlossen werden. Wenn Kündigungsfristen bestehen, müssen sie für beide Teile gleich sein.

Ausstellung von Zeugnissen. Die Arbeiterin hat das Recht, ein Zeugnis über Art und Dauer ihrer Beschäftigung zu verlangen; besondere Merkmale, welche die Schädigung der Arbeiterin zur Folge haben können, sind ungeschlicht und sind zurückzuweisen.

Strafgelder. Bestimmungen über Lohnabzüge in Form von Strafgebern müssen in der Arbeitsordnung, die sichtbar aushängen muß, bekannt gegeben sein. Die Verhängung jeder Strafe muß der Arbeiterin ohne Verzug mitgeteilt werden.

Hygienische und Schutzmaßnahmen. Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften sind so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiterinnen gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Es ist für genügend Licht, reine gute Luft, Beseitigung von Staub und Abfällen zu sorgen; ebenso sind Schutzvorrichtungen an Maschinen anzubringen. In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiterinnen sich umkleiden und nach der Arbeit reinigen, müssen ausreichende, für beide Geschlechter getrennte Ankleide- und Waschräume vorhanden sein. Bedürfnisanstalten müssen in genügender Zahl vorhanden und so eingerichtet sein, daß Sitte und Anstand nicht verletzt werden.

Arbeiterinnen, achtet darauf, daß diese zu eurem Schutze erlassenen gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt und innegehalten werden.

Woh! hat man dem Drängen der Arbeiterin auf Anstellung weiblicher Gewerbe-Inspizentoren insoweit Rechnung getragen, daß man für Berlin eine weibliche Inspektin anstellte.

Damit allein sind unsere Forderungen jedoch nicht erfüllt. Auch dürfen wir uns nicht der Hoffnung hingeben, daß durch diese Anstellung die Aufnahme von Beschwerden in einer solchen Weise vor sich gehen wird, wie es notwendig wäre.

Wir weisen darum von neuem darauf hin, daß nachstehende Personen bereit sind, um es den Arbeiterinnen zu ermöglichen, ohne Nachteile für ihre Existenz auf Beseitigung der Mängel in den Arbeitsstätten hinzuwirken, wahrheitsgetreue Beschwerden entgegenzunehmen und für schleunigste Abhilfe Sorge zu tragen.

Die Namen der Beschwerdeführer werden streng geheim gehalten!

Hilf Baader, Großdresdenerstraße 38, zweiter Hof II. Frau Wausche, Postdresdenerstr. 47, Hof II. Frau Dr. Wehl, Lothringersstraße 67, I. Frau Jung, Fichtestraße 25, Hof II. Frau Luy, Waterloo-Ufer 9, im Laden. Frau Reich, Lybenerstr. 3, links, Aufg. IV. Frau Tsch, Blumenstr. 63, I rechts. Frau Sprung, Engel-Ufer 4a, 2. Hof II.

Sprechzeit jeden Mittwochsabend von 7-9 Uhr. A. Korsten, Gewerkschaftsbureau, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, I., Zimmer 8. Vorm. 9-1 und nachm. 6-8 Uhr.

Eine Kreis-Konferenz für den Reichstags-Wahlkreis Nieder-Barnim

wurde am Sonnabend im Restaurant Bellevue zu Hummelburg abgehalten. Anwesend waren 27 Delegierte aus 13 Orten, ferner der Reichstags-Abgeordnete des Kreises, der Kreis- und mehrere Orts-Vertrauensleute, sowie die Mitglieder der Presb., Agitations- und Lokalkommission und die Revisoren. Der Kreis-Vertrauensmann Gary erstattete Bericht über seine Tätigkeit. Er bemerkte u. a. daß er am 11. Januar die Kasse mit einem Bestand von 845,15 M. übernommen habe. Die Gesamteinnahme betrug 2646,10 M., die Ausgabe 2659,98 M., bleibt ein Bestand von 881,27 M. — Nachdem die Decharge ausgesprochen war, wurde Gary als Kreis-Vertrauensmann wiedergewählt. Mit dem Amt der Revisoren wurden Seidel, Peulert und Hoffmann betraut. Der Bericht der Presb. Kommission, den Gerstenberger erstattete, wurde ohne Debatte entgegengenommen. Als Mitglieder der Presb. Kommission wählte die Konferenz die Genossen Gerstenberger und Grauer. Hierauf gab Freiwald den Bericht der Agitations-Kommission. Daran schloß sich die Stadthagen interessanten Ausführungen über das Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts, welches die Agitations-Kommission als einen Verein erklärt, den angeblichen Vorsitz derselben aber von der Pflicht, nicht vorhandene Statuten der Polizei einzurichten, freispricht. — Als Mitglied der Agitations-Kommission wurde Freiwald wiedergewählt.

Der Kreis-Konferenz lag der von einer Kommission ausgearbeitete Entwurf eines Organisations-Statuts für den Wahlkreis vor. Nach diesem Entwurf soll der Kreis in 12 Bezirke eingeteilt werden. Jeder Bezirk soll einen Bezirks-Wahlverein bilden, und jeder dieser Wahlvereine soll mindestens ein Fünftel der Beitragsgelder an den Kreis-Vertrauensmann abliefern. Jeder Bezirks-Wahlverein hat einen Vertrauensmann zu wählen. Die Vertrauensleute sind verpflichtet, die Vereine in der Durchführung ihrer gemeinsamen Zwecke zu unterstützen. Diejenigen Parteigenossen des Kreises, welche eine gemeinsame Beratung erfordern, wie die Wahl des Kreis-Vertrauensmanns, seiner Revisoren, der Presb. und Agitations-Kommissionsmitglieder etc. werden in Kreis-Konferenzen erledigt. Die Leitung der Kreis-Angelegenheiten unterliegt dem Kreis-Vertrauensmann. Zur Kreis-Konferenz entsendet jeder Bezirks-Wahlverein Delegierte, deren Zahl sich nach der Größe des Wahlvereins richtet, derart, daß auf weniger als 50 Mitglieder ein, auf 50-100 Mitglieder zwei, und auf jedes weitere hundert Mitglieder noch ein Delegierter entfällt. Außerdem kann (um den Frauen die Mitarbeit zu ermöglichen) in einer öffentlichen Versammlung, welche für den Bezirk von der weiblichen Vertrauensperson einberufen ist, je eine weibliche Delegierte zur Kreis-Konferenz gewählt werden. Beim der Bezirks-Wahlverein ist beschließen, dann können die Delegiertenwahlen statt in einer Vereins-, in einer öffentlichen Versammlung vorgenommen werden, jedoch fällt in diesem Falle das Recht fort, eine weibliche Delegierte in einer besonderen Frauenversammlung zu wählen. Außer den Delegierten sind auf der Kreis-Konferenz stimmberechtigt: Der Abgeordnete oder Kandidat des Kreises, der Kreis-Vertrauensmann, die

Bezirks-Vertrauensleute, die Revisoren, die Mitglieder der Presb. und Agitations-Kommission und der Obmann der Lokalkommission. Der Kreis-Vertrauensmann hat alljährlich wenigstens zwei Kreis-Konferenzen einzuberufen, wo er Rechnung zu legen hat.

Nach eingehender Begründung durch Stadthagen und längerer Spezialdebatte wurde das Organisations-Statut in der vorstehend skizzierten Fassung angenommen.

Folgende, von der Statutenkommission vorgeschlagene Resolution fand gleichfalls Annahme:

Der Kreis-Vertrauensmann hat den Bezirks-Vertrauensleuten Marken und nummerierte Beitragsgelder zur Verfügung zu stellen, damit solche Genossen, welche aus einem stichhaltigen Grund einem Bezirks-Wahlverein nicht beitreten können, doch ihre Pflicht, die Partei dauernd materiell zu unterstützen, erfüllen können.

Versammlungen.

Die „Freie Volkshöhle“ hielt ihre Oktober-Generalversammlung am Freitag in Coburg Festhale ab. Rechtsanwalt Victor Frankl hielt einen Vortrag über „Kunst und Censur“.

Der Referent zeigte in seinen interessanten Ausführungen, wie es die Polizei- und Verwaltungsbehörde trotz des klaren Wortlauts des Artikel 27 der preussischen Verfassung, der bestimmt, daß jeder Preuze das Recht habe, durch Wort, Schrift und Bild seine Meinung frei zu äußern, fertig gebracht haben, die Kunst unter Censur zu bringen.

Im Geschäftlichen konnte der Vorsitzende die andauernde Steigerung der Mitgliederzahl, die jetzt das siebente Tausend überschritten hat, konstatieren. Er macht die Mitglieder auf die durch das ständige Anwachsen des Vereins vermehrte Arbeitslast des Kassierers aufmerksam und stellt im Auftrage des Vorstands den Antrag, das Gehalt des Kassierers von 180 M. auf 200 M. zu erhöhen. Zum Repertoir des Vereins übergehend, giebt der Vorsitzende zur Kenntnis, daß nach der Aufführung der beiden Teile von „Ueber unsre Kraft“ im Lessing-Theater Hofens „Vund der Jugend“ zur Darstellung gelangte. Für Januar habe der Ausschuss beschlossen, Restons alte Fosse „Lumpenwagabundus“ zu bringen. Für Februar sei wiederum im Lessing-Theater — eine französische Novität „Die rote Hobe“ in Aussicht genommen.

Um den zahlreichen Wünschen der Opernfreunde Rechnung zu tragen, habe der Vorstand mit dem Theater des Weltens ein Abkommen dahingehend getroffen, daß für den Verein am 10. und 24. März nächsten Jahres Opern-Vorstellungen stattfinden.

Das Fest am 17. November wird zur Erinnerung an das zehnjährige Bestehen der „Freien Volkshöhle“ ein besonders hervorragendes Programm erhalten, und ist den Mitgliedern der Vereinigung derselben dringend zu empfehlen.

Der Kassenbericht erstattet Winkler. Danach betragen vom 1. Juli bis 30. September die Einnahmen 1484,55 M., die Ausgaben 705,89 M., jedoch am 30. September 1900 ein Bestand von 778,66 M. verbleibt.

In der Diskussion bittet Grempe um Mitteilung über den Stand des Prozesses, den eine Theateragentur wegen Lausime angestrengt haben soll. Ferner ist Grempe der Ansicht, daß die Gehaltserhöhung für den Kassierer zu niedrig bemessen sei, und beantragt, das Gehalt auf 225 M. zu erhöhen.

Der Vorsitzende teilt mit, daß gegen den Verein kein Prozeß schwebt. Allerdings habe ein Rechtsanwalt mit Klage gedroht, dabei ist es jedoch geblieben.

Dittmar ist ebenfalls für ein Gehalt von 225 M. Derselbe kommt auf das letzte Fest zu sprechen und dankt dem Vorstand für das geschickte Arrangement. Er ist jedoch der Ansicht, daß der Saal der Brauerei Friedrichshain sich für Feste, die einen weltlichen Anstich hervorrufen sollen, nicht eigne. Frankl ist der Ansicht, daß der Vorstoß über die Philharmonie aufgehoben werden müsse. Die Philharmonie sei ein Anstaltsinstitut, das seinen Saal zu keiner politischen Versammlung hergebe. Coburg entgegnet, daß die „Freie Volkshöhle“ nicht dazu da sei, zu entscheiden, ob ein Vorstoß gerechtfertigt ist oder nicht. Wögen die Herren, die die Aufhebung des Verbots wünschen, in ihren Wahlvereinen dahingehende Beschlüsse fassen lassen. Dort sei der Ort, über solche Angelegenheiten zu beraten.

Dittmar stellt mannehr den Antrag, den Vorstand zu beauftragen, Schritte zu thun zur Freigabe der Philharmonie.

An der Diskussion beteiligten sich noch Hl. Wien und Ganshner. Der Antrag Dittmars wird abgelehnt, der Antrag auf Decharge und Erhöhung des Kassierergehalts auf 225 M. angenommen.

Die Stellmacher hielten am Sonntag eine öffentliche Versammlung ab, um über die Frage: Wie ist es möglich, das Erzeugnisse festzuhalten? zu beraten. Aus den 50 eingeladenen Fragebogen ist zu ersehen, daß 43 Werkstätten die neuwändige Arbeitszeit haben, während die 7 Firmen länger gearbeitet wird. Der Diskussion ist zu entnehmen, daß die Verhältnisse in manchen Werkstätten recht traurige sind. Bei einem Meister in Schöneberg, bei dem noch das Kost- und Logiswesen herrscht, sind die Arbeiter gezwungen, in einem 20 Stufen tiefen Keller zu schlafen und sogar in der Werkstätte hat ein Gefelle wochenlang übernachtet. In einer größeren Fabrik, die die Lieferungen für den kaiserlichen Krieg zu machen hat, wurde durch Anschlag bekanntgemacht, daß die Arbeitszeit wieder von 6-7 Uhr dauere, also 10 1/2 Stunden. Die Schmiede gaben sich damit zufrieden. Als die Stellmacher dagegen protestierten, erklärte der Arbeitgeber, er müsse seinen Betrieb schließen, wenn sie nicht länger arbeiten wollten. Darauf erklärten sich auch diese einverstanden. In schärfster Weise wurde das in einigen Betrieben herrschende Kolonnen-system gegeißelt, bei dem oft nur der Kolonnenführer den Preis der Arbeit kennt und der Verdienst in ungerechtester Weise verteilt wird. Es gelangt dann eine Resolution zur Annahme, durch die sich die Anwesenden verpflichten, das im Frühjahr Errungene, speziell die neuwändige Arbeitszeit, hochzuhalten und, soweit sie noch nicht organisiert sind, sich dem deutschen Holzarbeiterverband anzuschließen.

Der Verein der Tischler Berlins und Umgegend hielt am 18. Oktober im „Freischütz“, Prandlstraße, seine Generalversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete der Kassierer den Kassenbericht. Einer Einnahme von 1101,85 M. stand eine Ausgabe von 958,74 M. gegenüber, mithin ein Ueberschuß von 143,11 M. 1100 M. wurden der Kasse überwiesen. Den Bericht des Vorstands erstattete Diederich. Neu aufgenommen wurden 62 Kollegen. Die Agitationskommission hatte 27 Werkstätten geladen; davon sind 2 Lehmann u. Sohn, Friedenstr. 54, und Straßburg, Prandlstraße 35, nicht erschienen. Die Kollegen der Werkstätte Lehmann u. Sohn hatten es vorgezogen, statt am genannten Abend zu erscheinen, zu arbeiten, und hielt der Obmann daraufhin die Sitzung in der Werkstätte ab. Von den 25 erschienenen Werkstätten handelte es sich bei 12 um Vereinsangelegenheiten, bei 13 Werkstätten um Erhöhung der Accordpreise, Anschaffung von Werkzeugen und in einer Werkstätte um Kürzung des Kostgeldes. Von den genannten 13 Werkstätten sind in 4 ohne Vermittelung der Agitationskommission mit dem Arbeitgeber die Forderungen be-

willigt, in 9 Werkstätten mußte die Kommission hinzugezogen werden, und sind sämtliche Forderungen bis auf einen Punkt in einer Werkstätte, wo 14 Forderungen gestellt waren, bewilligt worden. — In den Vorstand wieder resp. neugewählt wurden Diederich 1., Fehden 2. Vorsitzender; Suhle 1., B. Schmidt 2. Kassierer; Rob. Weich 1., W. Kamp 2. Schriftführer. In die Agitationskommission neu hinzugezogen wurden die Kollegen Klose, Bohr, E. Deuschmann, Baaren, Eberts und Uster. Zum Revisor wurde Fähne und zu Vertrauensmännern Bohnhagen und Litzow ernannt. — Zur Statutenänderung lagen eine ganze Reihe von Anträgen vor, welche nach längerer Diskussion einer Kommission von sieben Personen überwiesen wurden. Ein Antrag des Vorstands, betreffend den Ausschluß eines Mitglieds, gab Veranlassung zu einer längeren Debatte und wurde der Vorstand beauftragt, den betreffenden Kollegen von dem Generalversammlungsbefehl in Kenntnis zu setzen.

Die Knabtpaten hielten am 17. Oktober in den Armnhallen eine Mitgliederversammlung ab. Wiewenthal hielt einen interessanten Vortrag über: „Die Naturwissenschaften und die Bibel“. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Die Abrechnung vom 3. Quartal ergab für die Hauptkasse eine Einnahme von 728,75 M., welcher eine Ausgabe von gleicher Höhe gegenüber stand, für die Lokalkasse eine Einnahme von 215,70 M., der eine Ausgabe von 153,55 M. gegenüber stand; es blieb ein Kassenbestand von 62,15 M. Die Mitgliederzahl betrug 229. Unter „Gewerkschaftliches“ und „Verschiedenes“ wurde an Stelle des Kollegen Hinz, der sein Amt niedergelegt hatte, Schönebed zum Kassierer gewählt. Abdam wurde ein in letzter Versammlung gestellter Antrag auf Ausschluß des Kollegen Roman angenommen, da er seine Beileidigung dem ganzen Vorstand gegenüber nicht zurücknehmen wollte. Riese gab dann noch bekannt, daß er sich an die Unternehmer gewandt hätte betreffs Verkürzung der Arbeitszeit. Eine Antwort sei bis zur Stunde nicht eingetroffen.

Der Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäschebranche hatte am Mittwoch, den 17. d. eine Versammlung nach dem „Alten Schützenhaus“, Minienstraße 5, einberufen. Reichstags-Abgeordneter Rosenow hielt einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die Arbeiterbewegung einst und jetzt.“ Nach dem Kassenbericht für 3. Quartal, welchen der Kassierer Stanowich gab, hatte der Verein eine Einnahme inkl. Vortrag vom 2. Quartal von 1971,59 M. und eine Ausgabe von 1828,05 M. Lechhaft bedauert wurde, daß die Mitglieder so häufig mit dem Begleichen der Beiträge sind und sie werden deshalb auf § 9 des Vereinsstatuts verwiesen. Jede Änderung der Wohnung ist entweder dem Kassierer oder bei W. Cne, Weichbachtstr. 5 II zu melden. Die Bibliothek befindet sich seit 1. Oktober Löwestr. 5 II bei Reich. Ersucht wird, unter allen Umständen das Umfragen in den Fabriken zu unterlassen und sich statt dessen am Arbeitsnachweis, Landwehrstr. 1 bei Vergt. zu melden.

Charlottenburg. Der Socialdemokratische Wahlverein für Teltow-Beckow-Storkow-Charlottenburg hielt am Donnerstag, den 18. d. M., seine ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Bericht des Vorstandes geht hervor, daß neben 5 Versammlungen 18 Vorstandssitzungen stattfanden. Die Entwicklung des Vereins im letzten halben Jahre war fast beeinträchtigt durch die Unbestimmtheit über die fernere Ausgestaltung des Vereins in Bezug auf die Centralisation der in Kraft bestehenden Bildungsvereine zu einem großen Wahlverein; doch sind nunmehr die Vorarbeiten in den hierzu gewählten Kommissionen erledigt. Eine größere Zahl von teils verzogenen, teils mit ihren Beiträgen rückständigen Mitgliedern mußten getrennt werden. Ausgeschlossen wurden vier Mitglieder, die Streikbrecherdienste geleistet, und ein Mitglied, welches das Vertrauen der Arbeiterschaft fast mißbraucht hatte. Für die Bibliothek sind vierzehnhundert 60 Mark eingestell. Der Bericht des Kassierers ergiebt eine Einnahme inkl. allem Bestand von 1034,91 M., der eine Ausgabe von 522,45 M., darunter 400 M. an den Vertrauensmann, gegenübersteht. Somit verbleibt ein Bestand von 532,46 M. Die Wahl des Vorstands ergiebt folgendes Resultat: Pank, 1. Vorsitzender, Dunge, 2. Vorsitzender, 1. Kassierer, Kresse, 2. Kassierer, Wegner, Schriftführer. Revisoren: Junger, Fiemming, Vogel. Zum andern Punkt der Tagesordnung hielt Genosse Sirsch einen interessanten Vortrag über: „Fabrikinspektion Charlottenburg“, über welchen sich eine lange Diskussion entspann, an der sich die Genossen Speerer, Sabor und Krätze beteiligten. Unter Vereinsangelegenheiten ward die Aufnahme von 20 neuen Mitgliedern vorgenommen, der Genosse Labude als Abteilungsführer für den sechsten Bezirk bestätigt, sowie auf den 11. November d. J. nachmittags 4 Uhr stattfindenden Besuch der Urania (pro Bildet 40 Pf. durch die Abteilungsführer) aufmerksam gemacht. Auf Anregung des Genossen Klein wird in nächster Zeit wiederum eine Verfassungskonferenz über die Mitglieder des Wahlvereins stattfinden. Schluß der Versammlung 9 1/2 Uhr.

Friedrichsfelde. Am 18. d. M. hielt der Socialdemokratische Wahlverein für Friedrichsfelde seine Generalversammlung ab. Der Bericht des Vorstandes ergab einen Mitgliederbestand von 87 Personen. Die Einnahme vom zweiten und dritten Quartal betrug 90,62 M., die Ausgabe 81,29 M., bleibt ein Bestand von 9,33 M. Bei der Neuwahl des Vorstands wurden gewählt: Pinski zum ersten Vorsitzenden, Kacza zum zweiten, Riebe zum ersten Schriftführer, Mühlmann zum zweiten, Daenike zum Kassierer, zu Revisoren Thrakowski und Glawe, zu Revisoren Feldt und Schiemann. Die Punkte 2 und 3 der Tagesordnung, betreffend Bericht und Wahl des Vertrauensmanns, sowie der Lokalkommission, wurden abgelehnt und einer öffentlichen Versammlung überwiesen. Als Delegierte zur Kreis-Konferenz wurden die Genossen Riebe, Kacza und Gronwald gewählt.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands. Heute abend 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus: Generalversammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. J. D. 20. Die Wechselsche sind bei Siemens u. Halste ebenso wie bei der Großen Berliner; für den Anfang beträgt der Monatslohn michin 85 M. Fragen Sie Margrafenstr. 94 an. Tante. 1. Vamprecht deutsche Weichte und Schloßer Weichte sind zu empfehlen. 2. Verlangen Sie in einer Buchhandlung die Mathematischen Unterrichtsbriefe. 3. Einen solchen Mann kennen wir nicht. Ein Nieter. Bei Stumm. A. 64. Eine Milliarde hat tausend Millionen. 2. Gundersenstraße. Die Gundersen sind infolge eines Verschens hinzugezogen worden. Es ist doch selbstverständlich, daß uns jede Kränkung des mutigen Manns fernlegen hat. Daß eine Eingabe Erfolg haben wird, bezweifle ich. Verlassen Sie es immerhin. H. Fröhlich. Schriftliche Antworten erteilen wir nicht. Sie können aus der Bundesliste durch Erklärung vor dem Amtsgericht Ihres Wohnorts austreten. — J. J. S. 10. 61. 1. Reim, 2. In. 3. In. — 2. B. Die Reichsbank ist eine unter Aufsicht und Leitung des Reichs stehende Bank. Sie hat die Eigenschaften einer juristischen Person. Ihr steht die Aufgabe

Achtung! VI. Wahlkreis! Achtung!
 Dienstag, den 23. Oktober 1900, abends 8 1/2 Uhr:
5 öffentl. Volksversammlungen

in folgenden Lokalen:
Königstadt, Schönhauser Allee 10-11.
 Referent: Stadtverordneter **H. Borgmann.**
Berliner Prater, Kastanien-Allee 7-9.
 Referent: Stadtverordneter **Bruns.**
Hensels Salon, Invalidenstr. 1.
 Referent: Der Kandidat des Kreises **G. Ledebour.**
Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23.
 Referent: Reichstags-Abgeordneter **P. Singer.**
Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47-49.
 Referent: Reichstags-Abgeordneter **Fr. Zabell.**
 Tages-Ordnung in allen Versammlungen:
 Die bevorstehende Reichstagswahl und das Verhalten der bürgerlichen Parteien.
 Recht zahlreicher Besuch erwartet

220/19 Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Volks-Versammlung
 am Mittwoch, den 24. Oktober, abends 8 Uhr,
 im großen Saal der Arminhallen, Kommandantenstraße 20.
 Tages-Ordnung:
 1. Jahresbericht der Vertrauensperson und Renouveau derselben.
 2. Bericht über die Frauenkonferenz in Mainz.
 3. Bericht über den Internationalen Kongress in Paris. Referentinnen **Gen. Iherer und Zetkin.**
 Zahlreichen Besuch dieser wichtigen Versammlung erwartet
 Die Vertrauensperson der Frauen.

II. Wahlkreis, S.-D. Wahlverein.
 Heute, Dienstag, 23. Oktober, abds. 8 1/2 Uhr,
 im Saal der Habelschen Brauerei, Bergmannstraße 5-7:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Bericht des Vorstands und Kassierers. — Renouveau des Vorstands. —
 Verschiedenes. 238/15
 Mittagsbuch legitimiert. Zur Ausgabe kommen: Parteitag-Protokolle.
 Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Mittwoch, den 24. Oktober, abends 8 Uhr:
General-Versammlung
 im Lokal „Dresdener Casino“, Dresdenerstr. 97.
 Tages-Ordnung:
 1. Vierteljährlicher Bericht: a) des Vorstands, b) des Kassierers.
 2. Diskussion. 3. Wahl des 1. Vorsitzenden. 4. Vortrag des Genossen **H. Schütte** über: „Das Sozialistengesetz“. 5. Diskussion. 6. Vereinsangelegenheiten. 240/20*
 Als Broschüre wird in diesem Vierteljahr das Mainz-Protokoll gegeben und gelangt dasselbe in der Versammlung zur Ausgabe.
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
 NB. Die Zahlstellen des Vereins befinden sich: Gottfr. Schulz, Admiralstraße 40a (Kottbuscher Platz); W. Börner, Ritterstraße 15; Martin Mescha, Adalbertstr. 24 (Eingang Engel-Ufer); Emil Ostro, Brandenburgstraße 18; A. Filck, Simeonstr. 23; Ernst Lier, Alie Jakobstraße 119; Franz Krüger, Raumynstraße 54.
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Südost).
 Dienstag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr,
 im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuscherstrasse 4a:
General-Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstands. 2. Bericht des Kassierers. 3. Renouveau des gesamten Vorstands. 4. Vortrag des Genossen **August Tötterow** über: „Der Pariser Kongress und die internationale Sozialdemokratie“. 5. Diskussion. 6. Vereinsangelegenheiten. 243/18
 Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreichen Besuch erwartet
 Der Vorstand.
 Diejenigen Mitglieder, welche bis inkl. Oktober ihre Beiträge bezahlt haben, erhalten das Mainz-Protokoll gratis. D. O.

Deutscher Buchbinder-Verband.
 (Zahlstelle Berlin.)
 Mittwoch, 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Engel-Ufer 15:
Ordentl. General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Schriftstellers **Herrn Rud. Steiner** über: „Häckels Weltreise“. 2. Abrechnung vom Sommerfest. 3. Verbandsangelegenheiten und Beschiedenes.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Das vollständige Erscheinen der Mitglieder erwartet
 Die Ortsverwaltung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
 Dienstag, den 23. Oktober 1900, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (gr. Saal), Engel-Ufer 15:
Versammlung der Klempner.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn **Dr. Karl Liebknecht** über: Zur Naturgeschichte des Streikbroschens. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Kollegen! In dieser Versammlung gelangen die Fragebogen zur Ausgabe. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist daher unbedingt erforderlich.
 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Putzer. Achtung!
 Donnerstag, den 25. Oktober, abends 6 Uhr:
Grosse Versammlung
 der Putzer Berlins und der Vororte
 in Cohns Feilsälen, Deutschstraße 20.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Wohnungsnot und die heutige Gesellschaft. Referent: Schriftsteller und Stadtverordneter **P. Hirsch.** 2. Die weitere Geschichte der Putzer zum Streikfonds. 132/1
 Die Versammlung wird in Rücksicht auf den Referenten pünktlich eröffnet.
J. H. Franz Schulz, Brunnenstr. 102.

Nach langen schweren Leiden starb am 13. d. M., nachm. 6 1/2 Uhr, meine liebe Frau, unser gute Mutter
Louise Michaelis
 geb. Seifert.
 Um stille Beileid bitten
Herrn Michaelis und Kinder.
 Die Beerdigung findet Dienstag, den 23. d., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Lichterberger Gemeinde-Friedhofs (Krughege) aus statt.

Todes-Anzeige.
 Allen Verwandten, Parteigenossen und Freunden die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser Schwiegersohn und Schwager
Bruno Schilling
 am Sonnabend verstorben ist. Um stille Beileid bitten
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung erfolgt am Mittwoch, den 24. Oktober, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Langhandstraße 69 aus nach dem Weihenfer Kirchhof (Hältestraße).

Sozialdemokrat. Arbeiterverein für Wissenschaft u. Umg.
 Den Mitgliedern zur Mitteilung, daß der Genosse und Gemeindevertreter **Bruno Schilling** am 20. d. M. im hiesigen Krankenhaus einem qualvollen Erliegen ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet Mittwoch, den 24. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Langhandstr. 69 aus statt.
 18/4 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
 Am Sonnabend, den 20. Okt., abends 1/10 Uhr, verstarb plötzlich unser Parteigenosse, der Buchdrucker und Gemeindevorordnete **Bruno Schilling.**
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Langhandstr. 69, aus nach dem Weihenfer Kirchhof statt. 223/6
 Regere Beteiligung erwünscht
 Der Vertrauensmann von Weihenfer und die sozialdemokratische Fraktion der Gemeindeverordneten.

Statt jeder besonderen Meldung.
 Am 21. d. M. starb nach längerem Leiden meine liebe Frau und meine liebe Mutter
Anna Hentschel.
 Um stille Beileid bitten
Horitz Hentschel und Sohn.
 Die Beerdigung findet Mittwoch, den 24. d., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Lichterberger Gemeinde-Friedhofs (Krughege) aus statt.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin.
 Zu kaufen gesucht:
 Liebkecht, Blick in die Neue Welt

Achtung!
Magnetische Gesellschaft, Nizdorf.
 Mittwoch, den 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den Apollo-Sälen, Hermannstr. 48-50: 165/15
Großer Vortrag
 des Herrn Reinhold Gerling über: Sofortige Schmerzstillung durch einfache Handgriffe. Anzuwenden bei Rheumat, Blutanfall, Magenkrampf, Kopfschmerzen, Peridontschmerzen usw.
 Der Vorstand: **J. Langer.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten).
 Am Dienstag, den 23. Oktober v., abends 8 Uhr,
 Große Frankfurterstraße 117:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstands. 2. Kassenericht per 1. Halbjahr 1900. 3. Renouveau des Vorstands und der Kassieren. 4. Statutenänderung. 5. Vortrag des Genossen **Adolf Hoffmann** über: „Die Weltkriegs- und der chinesische Krieg“. 6. Diskussion.
 Der Vorstand.

Centralverband der Maurer etc.
 Am Donnerstag, den 25. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Engel-Ufer 15:
Generalversammlung der Zahlstelle Berlin II

Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung des Kassierers vom 3. Quartal 1900. 2. Vortrag des Genossen **Dr. Weyl** über: Die Revision des Krankenversicherungsgesetzes. 3. Verschiedenes.
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet
 Die Verbandsleitung.

Herbstfest der Bildhauer
 Sonnabend, 27. Oktober, bei Kessler, Koppenstraße 29.
 Programm in bewährter Weise.
 Eintrittskarten à 75 Pf. inkl. Lang (Mitglieder 50 Pf.) sind noch zu haben bei Trautvetter, Kraussstraße 28, III.; Nosck, Sorauerstr. 11, I. und im Bureau Engel-Ufer 15, Zimmer 27 von 11-1 und 1/2-7 Uhr. Unerkaufte Eintrittskarten sind bis zum 20. Oktober zurückzugeben. — Gäste willkommen.
 Das Vergügungs-Komitee.

Achtung! Textil-Arbeiter. Achtung!
 Filiale Berlin III (Dekatore).
 Am Mittwoch, den 24. Oktober 1900, abends 8 Uhr, im Lokal von Janaschk, Inselstraße 10:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstands. 2. Bericht des Kassierers und der Kassieren. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest. 4. Renouveau des Vergügungskomitees. 5. Verschiedenes. 197/19
 Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.
 Soeben beginnt der 19. Jahrgang der

Neuen Zeit
 Revue des geistigen und öffentlichen Lebens
 Unter ständiger Mitarbeiterschaft von
A. Bebel, P. Lafargue, Fr. Mehring, J. A. Sorge
 redigiert von
Karl Kautsky

Die angesehenste Stellung, welche sich die „Neue Zeit“ bei Anhängern und Begnern der Sozialdemokratie erworben hat, verdankt die Zeitschrift ihrer Eigenschaft als Organ des wissenschaftlichen Sozialismus, nicht minder aber auch der einer politischen Revue ersten Ranges. Die Ereignisse des Tages, die von weiter reichender Bedeutung sind, werden, namentlich soweit sie auf die Arbeiterbewegung und den Sozialismus Bezug haben, eingehender besprochen, als es in der Tagespresse möglich ist, während gleichzeitig die wichtigsten Erscheinungen auf dem Gebiete der Literatur und Kunst, der Naturwissenschaften und der Technik angemessene Berücksichtigung finden.
 Die „Neue Zeit“ darf als unentbehrliche Zeitschrift für alle diejenigen bezeichnet werden, welche ein mehr als flüchtiges Interesse für die große Tagesfrage der sozialen Entwicklung haben.
 Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolportierer zum Preise von M. 1.25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige.
 Hochachtungsvoll
J. H. W. Dick Nachf., Stuttgart.

Würzburger Hühneraugenmittel
 von **Dr. H. Unger.** — Gegen 20 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. inbisherigen Hanfextrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
 Hauptdepot in Berlin (20 Pf.) Salomon-Apothek, Charlottenstraße. München: Schützen-Apothek. Stuttgart: Hirsch-Apothek. Breslau: Victoria-Apothek. [54300*]

Begründung des Geschäfts 1875.
M. Schulmeister
 en gros Schneidermeister en detail 56942*
 Dresdenerstraße 4, am Kottbuscher Thor.
Herren- und Knaben-Hohenzollern-Mäntel.
 Herbst- und Winter-Paletots in Eskimo, Gehviot und Reimier von 16,50—42 Mk.
Gehrock-Anzüge . . . von Mk. 27 an
Winter-Joppen . . . von Mk. 5 an
Rock-Anzüge 23
Schlafrocke 8,50
Jackett-Anzüge 15
Jünglings-Anzüge . . . 12
Beinkleider 5
Knaben-Joppen, einzelne Hosen.
 Knaben-Anzüge zu außerordentlich billigen Preisen.
 Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut u. billig ausgeführt.
 Streng reelle Bedienung.

Königsberger Geld-Lotterie
 zur Freilegung des königlichen Schlosses zu Königsberg i. Pr.
 6240 Geldgewinn im Betrage von
190 000 Mk. 50000, 20000 M. etc.
 Original-Loose à 3 Mark (Paris u. Liste 30 Pf.) empfohlen und versenden prompt
Oscar Bräuer & Co. Nachf., Bank-Geschäft
 Berlin W., Friedrich-Strasse 181. Filiale NW., Wilsnacker-Strasse 63.
 Ziehung unwiderruflich 29. Oktober bis 1. November.

Wohlfahrts-Lose
 Loose à Mk. 3.30 (Porto und Liste 30 Pf. extra)
 zu Zwecken der Deutschen Schutzgebiete.
 Ziehung 29. November u. folg. Tage zu Berlin.
 16870 Geldgewinne, zahlbar ohne Abzug im Betrage von M.
575,000
 Haupt-Gewinn **100,000**
 Haupt-Gewinn **50,000**
 Haupt-Gewinn **25,000**
 Haupt-Gewinn **15,000**
 2 à 10 000 — 20 000
 4 à 5 000 — 20 000
 10 à 1 000 — 10 000
 100 à 500 — 50 000
 150 à 100 — 15 000
 600 à 50 — 30 000
 16000 à 15 240 000
 Loosezahl 800000. — Versand geg. Postanweisung oder Nachnahme durch General-Debit: Bankgeschäft
Lud. Müller & Co.
 in Berlin, Breitestr. 5 und Hamburg, Nürnb. München.
 Telegr.-Adr.: Gilsdammstr.

2. Ziehung d. 4. Klasse 203. Kl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 22. Oktober 1900, vormittags.
Aus der Urliste über 200 Mark sind die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

150 204 401 798 897 1392 317 56 413 (300) 48 89 253
60 137 895 397 2357 433 228 831 998 308 330 31 (1000)
498 509 718 904 4254 313 39 (3000) 42 454 701 84 5185 271
499 73 312 641 86 706 804 921 6094 18 133 63 (3000) 260
323 496 508 91 786 81 (500) 810 70 904 17 7102 345 427
565 690 780 (3000) 821 76 9885 8036 49 124 551 526 612 704
805 942 9037 79 133 315 52 428 513 66 979 894 979

10054 222 49 80 418 558 96 610 97 719 826 935 99 11170
84 398 611 (500) 67 946 76 12100 250 47 533 643 820 (1000)
42 929 12086 408 588 691 (3000) 96 807 14351 309 73 719
81 834 37 895 14519 (3000) 66 289 (1000) 337 494 (500) 89
585 629 786 880 316 99 14070 (1000) 152 (1000) 497 92 635
48 81 785 73 930 17013 27 153 970 356 428 665 895 984
18089 339 76 95 (1000) 689 95 (3000) 529 37 610 56 59 940
18027 73 184 286 77 315 54 490 73 (3000) 612 763 888

20031 34 124 334 76 455 69 517 774 89 819 17 901 29 44
10102 252 427 (300) 637 86 (1000) 707 (1000) 610 22177
278 35 528 (300) 33 56 718 23124 300 708 621 24027 184
270 72 98 368 456 (1000) 580 80 636 752 801 954 25500
27 106 60 206 350 577 780 850 24116 76 86 (300) 276 429 65
74 522 678 87 717 84 897 932 27025 11 73 86 654 877 927
(1000) 28048 144 361 433 534 96 900 (3000) 17 20942
66 92 157 75 79 (1000) 306 54 324 643 523 87 95 694 852 948
30118 28 06 315 36 408 (300) 605 782 806 34 13131 57
582 81 (300) 22 90 900 23 32173 284 92 881 503 30 698 881
33035 185 205 (300) 352 82 637 71 73 777 800 41 947 72
34186 301 419 648 88 746 86 898 90 99 35160 258 559 74
671 85 927 30006 36 87 105 226 49 79 588 65 (300) 37065
137 305 (300) 10 78 (1000) 54 74 881 38106 (3000) 14 28
323 416 75 550 603 72 (300) 644 39267 351 96 415 550 81 78
40046 98 814 684 653 88 827 79 41010 102 30 (300)
297 373 51 546 719 473 42627 (300) 345 432 616 43025
212 440 (300) 86 620 10 865 44037 71 571 (500) 682 716
674 915 23 59 60 45226 (3000) 90 91 94 (3000) 574 680 706 833
913 46067 303 44 70 510 50 911 (300) 76 47000 (3000) 176
90 471 538 655 87 65 875 (3000) 82 48101 73 280 369 62
854 49275 79 48 44 54 65 772

50089 108 99 210 49 516 600 735 69 898 925 39 51006 135
318 474 699 807 52027 217 312 (500) 49 527 63711 284 317
448 507 611 787 64003 (500) 32 134 547 62 618 27 770 36 905
55422 710 520 99 956 69 50405 147 277 370 442 68 504 688
671 86 87225 216 329 614 35 (1000) 97 922 73 86 58018 49
238 328 696 88 94 59037 87 87 108 226 49 302 683 (300)
802 3 5 81 878

60060 442 39 91 674 641 711 881 61083 215 437 (300)
748 885 88 42018 40 550 892 43092 338 524 69 (1000) 730
49 994 (15000) 35 64036 87 71 (300) 109 344 356 821
87 927 81 65019 26 146 428 83 506 32 45 (500) 65 864 918
69100 350 525 97 418 36 99 735 94 916 21 56 07887 168 801
415 71 81 94 827 (300) 68035 82 (500) 281 348 437 (3000)
507 69 85 615 25 98 709 (300) 853 914 66 73 09166 90 463
818 78

70307 55 454 (300) 567 771 (300) 816 903 73211 (1000)
48 373 550 700 891 72229 51 83 458 682 798 802 915
29 73038 163 236 371 37 467 604 19 (500) 68 824 (300) 50
(3000) 977 (300) 74292 362 480 515 710 803 (1000) 362
75684 95 (300) 374 97 618 884 77 70088 173 74 279 360 467
566 696 77096 497 47 (300) 93 555 711 864 98 78081 138
200 84 333 406 709 827 79016 19 22 321 842 87 91
80929 99 564 600 99 (1000) 74 710 43 892 938 43 89020
275 413 28 32 631 97 82999 449 48 86 92 334 654 76 92 821
83018 129 84 410 569 (3000) 741 832 78 92 950 85 84088
811 365 329 628 955 85194 240 454 572 54997 111 83 85 448
871 90 621 90 718 87092 190 37 507 823 88288 461 321
643 69 786 88001 60 226 345 433 635 81
300225 86 (3000) 304 96 947 91166 231 84 333 91 677 88
84 787 977 96126 227 74 462 507 77 78 99 670 740 47 941
91 95 80235 792 847 84 84898 30 248 51 871 519 36 31 616
414 99 965 95758 324 94 431 92 750 986 94903 127 352 67
632 28 87 607 617 42 86 821 93 970 97164 281 376 90 90
830 71 573 600 966 98065 23 135 490 509 96 97 693 90 719
90073 167 91 489 866 802

100037 304 59 (300) 371 792 896 935 73 92 101056 140
10 330 65 504 964 69 (3000) 102390 262 321 (500) 627 52
524 36 813 72 76 86 103113 277 307 28 66 (3000) 35 415
562 96 651 74 80 721 821 829 (1000) 104204 337 (300) 74
(1000) 613 (500) 722 823 93 914 11 105000 11 235 56 473 562
825 96 703 971 104864 198 309 442 384 721 23 (500) 34 980
107129 373 415 613 46 667 783 821 914 46 (500) 64 108944
60 80 184 72 20 (3000) 370 305 629 709 928 109245 328 425
662 749 803 (1000) 665

110073 (1000) 391 14 74 80 315 519 26 44 58 745 913
111125 204 41 483 40 020 790 810 112011 179 349 (300)
362 633 871 942 118230 362 307 686 921 61 114018 74

120000 148 288 474 747 902 141514 002 142272 92
497 634 737 (1000) 78 800 12 922 75 143002 97 191 252 327
59 85 86 (3000) 418 20 32 94 578 649 82 84 736 30 33 832 906
144029 78 140 99 337 (300) 480 355 626 727 944 143220 365
520 33 68 692 719 (3000) 958 144000 88 236 357 91 448 685
746 63 (300) 825 33 62 835 (300) 147082 205 99 612 713 (300)
174869 311 53 744 (300) 77 858 74 958 149265 625 64 939
150303 24 80 248 48 625 710 40 940 151010 45 64 78
204 99 335 39 (1000) 401 699 950 152009 198 88 438 673
789 842 153019 177 87 231 841 77 400 64 608 734 924 154004
788 854 78 99 155944 131 684 87 906 41 67 154008 133
73 73001 305 18 39 (300) 475 (300) 500 23 76 68 52 647 51 823
93 586 157255 443 78 (500) 600 (1000) 718 897 945 (300) 71
158309 57 (800) 158044 106 21 43 279 335 63 (300) 429 502
94 92 78 (3000) 50 850 94 (300)

100193 456 (300) 728 94 101150 549 607 720 (3000) 72
(3000) 86 867 81 162049 191 364 544 782 802 (300) 933
143000 211 (1000) 98 321 (300) 564 44 476 836 953 104037
66 115 215 29 177 445 695 840 990 148297 203 328 42 568
649 97 164012 178 324 642 61 69 790 801 911 167309 356
408 572 865 (500) 827 148914 30 47 227 45 892 384 14 (1000)
58 148053 (1000) 70 117 59 822 28 (300) 454 588 63 33
67 773 842

170084 197 217 430 877 (50000) 633 34 708 29 856 384
171006 308 18 58 67 79 476 548 (500) 647 90 230 971 74
172006 198 318 52 99 401 544 753 927 (17000) 133 91 216
264 488 174040 230 234 432 556 711 217 77 175160 211
73 91 96 308 68 92 97 455 718 986 170030 56 78 146 72 23
91 309 344 416 56 589 605 765 847 (300) 905 (500) 177288
496 802 997 178143 236 69 80 554 (1000) 714 804 979 85
170200 54 114 39 89 (3000) 262 502 97

180028 71 113 (3000) 32 221 300 354 454 607 62 728 872 181090
280 305 406 50 810 182012 27 410 552 692 55 813 (300) 72
29 776 183532 77 699 821 98 184079 158 298 52 (300) 383
515 618 47 867 58 61 184810 16 (3000) 201 99 318 (3000) 428
92 734 812 184828 330 48 87 875 635 735 929 187010
(300) 140 870 (300) 188042 356 36 456 922 189028 213 301
(1000) 22 408 82 509 641 90 700 4 (300) 335 (3000) 311
190004 300 20 788 944 (300) 49 84 (3000) 103 681 183
(1000) 509 23 746 61 929 81 55 68 192097 (500) 242 622 74
540 73 (300) 671 735 (300) 309 193031 181 213 90 722 839
307 92 194487 210 27 61 317 61 447 033 72 888 229 195055
131 412 (300) 82 94 99 (300) 582 62 60 697 778 875 194812
(3000) 104 11 96 225 463 640 94 784 840 965 87 197073 711
312 33 43 (1000) 37 85 198310 582 833 933 199124 200 330
444 501 16 11 699 899 49

200006 300 (1000) 99 (3000) 479 541 39 788 818 51 (300)
916 87 201014 341 536 61 70 694 55 738 55 202065 198 322
47 509 674 717 (5000) 882 81 99 204916 115 (500) 19 46 34
(300) 317 748 81 88 953 204948 497 508 (3000) 751 867
944 205004 108 237 92 (1000) 95 485 560 687 (300) 871
204921 84 354 464 82 698 734 927 48 51 207039 132 387 390
479 691 728 914 208024 (300) 429 618 (300) 766 209044
67 71 304 508 741 844 908 38 97

210061 77 313 (3000) 18 82 555 655 (300) 766 863 (300)
211015 81 454 (3000) 699 721 93 948 212011 116 20 233 304
(300) 67 416 668 90 947 98 213017 69 (3000) 78 33 177 384
(1000) 18 41 491 31 69 270 640 (500) 49 938 214137 226 82
437 512 30 (1000) 685 86 842 215000 216141 406 70 612
808 919 41 (50000) 217066 216 414 (300) 519 888 928 218882
95 198 211 69 328 59 67 (1000) 470 69 718 76 94 97 834 972
219068 130 (3000) 308 478 (300) 558

220001 121 240 44 321 47 744 58 804 19 929 221022 168
380 429 562 642 651 91 950 66 222011 (500) 32 (300) 182 381
429 58 308 60 223011 730 840 75 224226 27 57 76 540 732
88 98 225194 327 483

Im Verzeichnis vertrieben: 1 Gewinn zu 50.000 Mk.,
2 zu 10.000 Mk., 2 zu 5.000 Mk., 2 zu 1.000 Mk., 1 zu
75.000 Mk., 2 zu 50.000 Mk., 1 zu 40.000 Mk., 10 zu 30.000 Mk.,
24 zu 15.000 Mk., 48 zu 10.000 Mk., 96 zu 5.000 Mk., 192 zu
3.000 Mk., 384 zu 1.500 Mk., 768 zu 750 Mk.

230000 148 288 474 747 902 141514 002 142272 92
497 634 737 (1000) 78 800 12 922 75 143002 97 191 252 327
59 85 86 (3000) 418 20 32 94 578 649 82 84 736 30 33 832 906
144029 78 140 99 337 (300) 480 355 626 727 944 143220 365
520 33 68 692 719 (3000) 958 144000 88 236 357 91 448 685
746 63 (300) 825 33 62 835 (300) 147082 205 99 612 713 (300)
174869 311 53 744 (300) 77 858 74 958 149265 625 64 939
150303 24 80 248 48 625 710 40 940 151010 45 64 78
204 99 335 39 (1000) 401 699 950 152009 198 88 438 673
789 842 153019 177 87 231 841 77 400 64 608 734 924 154004
788 854 78 99 155944 131 684 87 906 41 67 154008 133
73 73001 305 18 39 (300) 475 (300) 500 23 76 68 52 647 51 823
93 586 157255 443 78 (500) 600 (1000) 718 897 945 (300) 71
158309 57 (800) 158044 106 21 43 279 335 63 (300) 429 502
94 92 78 (3000) 50 850 94 (300)

100193 456 (300) 728 94 101150 549 607 720 (3000) 72
(3000) 86 867 81 162049 191 364 544 782 802 (300) 933
143000 211 (1000) 98 321 (300) 564 44 476 836 953 104037
66 115 215 29 177 445 695 840 990 148297 203 328 42 568
649 97 164012 178 324 642 61 69 790 801 911 167309 356
408 572 865 (500) 827 148914 30 47 227 45 892 384 14 (1000)
58 148053 (1000) 70 117 59 822 28 (300) 454 588 63 33
67 773 842

170084 197 217 430 877 (50000) 633 34 708 29 856 384
171006 308 18 58 67 79 476 548 (500) 647 90 230 971 74
172006 198 318 52 99 401 544 753 927 (17000) 133 91 216
264 488 174040 230 234 432 556 711 217 77 175160 211
73 91 96 308 68 92 97 455 718 986 170030 56 78 146 72 23
91 309 344 416 56 589 605 765 847 (300) 905 (500) 177288
496 802 997 178143 236 69 80 554 (1000) 714 804 979 85
170200 54 114 39 89 (3000) 262 502 97

180028 71 113 (3000) 32 221 300 354 454 607 62 728 872 181090
280 305 406 50 810 182012 27 410 552 692 55 813 (300) 72
29 776 183532 77 699 821 98 184079 158 298 52 (300) 383
515 618 47 867 58 61 184810 16 (3000) 201 99 318 (3000) 428
92 734 812 184828 330 48 87 875 635 735 929 187010
(300) 140 870 (300) 188042 356 36 456 922 189028 213 301
(1000) 22 408 82 509 641 90 700 4 (300) 335 (3000) 311
190004 300 20 788 944 (300) 49 84 (3000) 103 681 183
(1000) 509 23 746 61 929 81 55 68 192097 (500) 242 622 74
540 73 (300) 671 735 (300) 309 193031 181 213 90 722 839
307 92 194487 210 27 61 317 61 447 033 72 888 229 195055
131 412 (300) 82 94 99 (300) 582 62 60 697 778 875 194812
(3000) 104 11 96 225 463 640 94 784 840 965 87 197073 711
312 33 43 (1000) 37 85 198310 582 833 933 199124 200 330
444 501 16 11 699 899 49

200006 300 (1000) 99 (3000) 479 541 39 788 818 51 (300)
916 87 201014 341 536 61 70 694 55 738 55 202065 198 322
47 509 674 717 (5000) 882 81 99 204916 115 (500) 19 46 34
(300) 317 748 81 88 953 204948 497 508 (3000) 751 867
944 205004 108 237 92 (1000) 95 485 560 687 (300) 871
204921 84 354 464 82 698 734 927 48 51 207039 132 387 390
479 691 728 914 208024 (300) 429 618 (300) 766 209044
67 71 304 508 741 844 908 38 97

210061 77 313 (3000) 18 82 555 655 (300) 766 863 (300)
211015 81 454 (3000) 699 721 93 948 212011 116 20 233 304
(300) 67 416 668 90 947 98 213017 69 (3000) 78 33 177 384
(1000) 18 41 491 31 69 270 640 (500) 49 938 214137 226 82
437 512 30 (1000) 685 86 842 215000 216141 406 70 612
808 919 41 (50000) 217066 216 414 (300) 519 888 928 218882
95 198 211 69 328 59 67 (1000) 470 69 718 76 94 97 834 972
219068 130 (3000) 308 478 (300) 558

220001 121 240 44 321 47 744 58 804 19 929 221022 168
380 429 562 642 651 91 950 66 222011 (500) 32 (300) 182 381
429 58 308 60 223011 730 840 75 224226 27 57 76 540 732
88 98 225194 327 483

Im Verzeichnis vertrieben: 1 Gewinn zu 50.00

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Reichstags-Wahlkreis. Eine Kommunal-... wählere-Versammlung wird heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr bei Weiser, Fischerstr. 25, abgehalten.

Zweiter Wahlkreis. In der heutigen Generalversammlung des Wahlvereins, die in Habels Brauerei in der Bergmannstraße stattfindet, wird an die Mitglieder das Protokoll des Rainer Parteiabends ausgegeben.

Am Mittwochabend 8 1/2 Uhr findet im großen Saal der „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20, eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt.

Achtung, 6. Wahlkreis. Den Genossen und Genossinnen zur Nachricht, daß am Dienstag, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, fünf Volksversammlungen stattfinden und zwar in folgenden Lokalen: Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47/49.

Vierter Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten). Die Mitglieder des Wahlvereins werden ersucht, zu der heute stattfindenden Generalversammlung bei Bräuer, Große Frankfurterstraße 117, recht zahlreich zu erscheinen.

Steglich. Mittwochabend 7 Uhr erfolgt eine Flugblatt-Verteilung, wozu sich die Parteigenossen zahlreich und rechtzeitig an den bekannten Stellen einfinden wollen.

Kommunales.

Die städtische Verkehrsdeputation wird auf Grund der jüngsten Entscheidung der Stadtverordneten-Versammlung in nächster Zeit wichtige Beschlüsse fassen. Bereits am Mittwoch tritt die Deputation zusammen, um die Beratungen über die alsbald von der Stadt zu erbauenden neuen Straßenbahn-Linien zu beginnen.

Die Deputation für die innere Ausschmückung des Rathhauses hat beschlossen, von Schülern des Kunstgewerbe-Museums Entwürfe anfertigen zu lassen, zur Ergänzung des vorhandenen Tafelgeschmucks im Rathhause zwei Lichtandelaber und zwei Fruchtstelen im kleinen Maßstabe und hierfür sechs Preise zu je 250 M. auszugeben.

Der Magistrat hat bei der Stadtverordneten-Versammlung deren Genehmigung nachgesucht, daß dem Vorstand der ersten Brandenburgischen Provinzialausstellung für Geflügelzucht zu den Kosten der Ausstellung im November d. J. aus städtischen Mitteln ein Beitrag von 1800 M. und an Ehrenpreisen der Stadt Berlin die Summe von 700 M. zusammen 2500 M. sowie dem Vorstand des Deutschen Tierzucht-Vereins zu Berlin aus Anlaß der Gelausstellung Ehrenpreise von zusammen 500 M. bewilligt werden.

In der außerordentlichen Magistratsitzung am Sonntagabend kam auch der neue Entwurf der Baudeputation II über das Bauungs-Ordnungsstatut für Berlin zur Besprechung. Nach eingehender Beratung wurde der Entwurf dem Ausschuss überwiesen, der sich mit dem Hugo Schöpschen Antrag beschäftigt, wonach auf Grund des Kommunalabgaben-Gesetzes die Anlieger bei Straßendurchbrüchen oder Erweiterungen usw. entsprechend den dadurch entstehenden Vorteilen zu Abgaben herangezogen werden können.

Lokales.

Ausnahmen von der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Das Polizeipräsidium hat für den Stadtkreis Berlin folgendes angeordnet:

1. Im Handelsgewerbe, jedoch mit Ausschluß der Bank-, Wechsel- und Lotteriegeschäfte, dürfen abweichend von der allgemein festgestellten sonntäglichen Beschäftigungszeit Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an den drei letzten Sonntagen vor Weihnachten, am 8., 16. und 23. Dezember d. J., von 8 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 2 Uhr nachmittags beschäftigt werden.

handlungen ist an den genannten drei Sonntagen ebenso wie an den übrigen Sonntagen schon vor Beginn der allgemeinen Verkaufszeit, und zwar von 5 Uhr morgens an zulässig.

2. Von dem allgemeinen Verbot der Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe am 25. Dezember, dem ersten Weihnachtstage, werden, soweit der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen stattfindet, ausgenommen:

- a) der Handel mit Milch, mit Bad- und Konditorwaren sowie mit Konfitüren während der Zeit von 5 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 2 Uhr nachmittags;
b) der Handel mit Fleischwaren während der Zeit von 5 bis 10 Uhr vormittags;
c) der Handel mit Kolonialwaren, mit Vorkostwaren, mit Brennmaterialien, mit Bier und Wein, mit Tabak und Cigarren während der Zeit von 8 bis 10 Uhr vormittags;
d) der Handel mit Blumen während der Zeit von 7-10 Uhr vormittags und von 12-2 Uhr nachmittags;
e) der Handel mit Druckschriften auf den Bahnhöfen während der Zeit von 7 1/2 bis 10 Uhr vormittags;
f) die Zeitungspedition während der Zeit von 4-9 Uhr vormittags.

3. Am 26. Dezember, dem zweiten Weihnachtstage, finden lediglich die allgemeinen Vorschriften über die Feststellung der Zeit zur Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe Anwendung.

4. Alle mit den vorstehenden Festsetzungen nicht im Einklange stehenden Vorschriften früherer Verordnungen bleiben außer Anwendung.

Berliner Arbeiter-Krankenversicherung im Jahre 1899.

Die Arbeiter-Krankenversicherung hat in Berlin naturgemäß auch im Jahre 1899 gegenüber dem Vorjahre an Ausdehnung gewonnen. Die verhältnismäßig stärkste Zunahme der Mitgliederzahl hatten (abgesehen von der Gemeinde-Krankenversicherung, die wegen ihres an sich nur ganz geringen Umfangs hierbei nicht in Betracht kommt) die Betriebs-Krankenkassen, also diejenige Art Krankenkassen, die den Arbeitnehmern mit Recht sehr wenig sympathisch ist. Im Jahre 1899 (bzw. im Vorjahre 1898) war die durchschnittliche Mitgliederzahl: bei 56 (56) Orts-Krankenkassen 244 881 (238 879) männliche Mitglieder, 126 184 (120 631) weibliche, bei 38 (32) Betriebs-Krankenkassen 54 986 (50 311) männliche, 7577 (6597) weibliche, bei 19 (19) Innungs-Krankenkassen 22 253 (21 285) männliche, 6285 (5750) weibliche, bei der Gemeinde-Krankenversicherung 852 (8) männliche, 534 (36) weibliche, bei den staatlichen Eisenbahn- und Post-Krankenkassen 20 814 (20 739) männliche, 1901 (2009) weibliche, bei 35 (38) eingeschriebenen Hilfskassen 22 031 (21 806) männliche, 9526 (11 266) weibliche, bei 2 (2) freien landesrechtlich genehmigten Hilfskassen 402 (422) männliche, bei 24 (26) eingeschriebenen Hilfskassen, die dem § 75 des Krankenkassen-Gesetzes von 1883 nicht entsprechen, 50 983 (46 904) männliche, 6512 (4496) weibliche. Bei den Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen, der Gemeinde-Krankenversicherung, den Eisenbahn- und Post-Krankenkassen, den eingeschriebenen und den landesrechtlich genehmigten Hilfskassen erkrankten 1899 (bzw. 1898) männliche Mitglieder in zusammen 154 078 (134 316) Fällen mit 3 517 493 (3 101 346) Krankheitsstagen, weibliche in 58 538 (52 372) Fällen mit 1 600 703 (1 407 069) Krankheitsstagen. Es starben 1898 (3269) männliche und 953 (774) weibliche Mitglieder. Auf 100 männliche Mitglieder kamen also 42,10 (38,58) Erkrankungen- und 1,06 (0,94) Sterbefälle, auf 100 weibliche 38,39 (36,49) Erkrankungen- und 0,63 (0,54) Sterbefälle. Die Zahl der Erkrankungen wie die der Sterbefälle hat demnach im letzten Jahre beträchtlich stärker zugenommen als die der Mitglieder. Auch das Verhältnis der Zahl der Sterbefälle zu der der Erkrankungen hat sich ungünstig verändert. 1899 (bzw. 1898) kamen auf 100 Erkrankungen bei den männlichen Mitgliedern 2,51 (2,43), bei den weiblichen 1,63 (1,45) Sterbefälle. Das Jahr 1899 war in bösem Sinne ausgezeichnet durch zahlreiche Erkrankungen der Simungsorgane. Gerade diese Erkrankungen pflegen unter den Arbeitern die meisten Opfer zu fordern.

Von der Abteilung für Invaliditäts- und Altersversicherungsangelegenheiten, die bei dem Magistrat - als der „unteren Verwaltungsbehörde“ im Sinne des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes - besteht, wird der Bericht pro 1899/1900 veröffentlicht.

Durch das am 1. Januar 1900 in Kraft getretene neue Invalidenversicherungsgesetz sind die Geschäfte der Abteilung erweitert worden. Hingekommen ist besonders die Entgegennahme der Anträge auf Beitragsersatzung und auf Uebertreibung von Rentenbeträgen, sowie die Auskunftsverteilung. Aus dem Bericht dürften besonders die folgenden Angaben interessieren. Die Anträge auf Gewährung von Invalidenrenten sind 1899/1900 auf 3397 gestiegen, davon gingen 2261 vom 1. April bis 31. Dezember 1899 ein, 1136 vom 1. Januar bis 31. März 1900. Von den bis 31. Dezember 1899 eingegangenen Anträgen wurden 1727 als begründet und 926 als unbegründet an die zuständigen Versicherungsanstalten weitergegeben, darunter 1818 an die Anstalt Berlin, 190 an die Anstalt Brandenburg, der Rest an andere Anstalten. Von den seit 1. Januar 1900 eingegangenen Anträgen wurden 721 als begründet und 34 als unbegründet der Landesversicherungs-Anstalt Berlin überandt. Im ganzen wurden 2807 Anträge an die Anstalten weitergegeben. Zurückgezogen oder auf andere Weise erledigt wurden 312, unerledigt blieben 278; sind, wie oben, 3397 Anträge. Von den 2807 Anträgen wurden 2290 bewilligt, 289 abgelehnt; über 228 war noch keine Nachricht eingegangen. Anträge auf Gewährung von Altersrenten gingen 412 ein, 254 bis 31. Dezember 1899, 158 seit 1. Januar 1900. Von den ersteren wurden 183 als begründet und 51 als unbegründet weitergegeben, darunter 217 an Berlin, 13 an Brandenburg, der Rest an andere Anstalten. Von den Anträgen seit 1. Januar 1900 wurden 110 als begründet und 5 als unbegründet an die Anstalt Berlin geschickt, so daß im ganzen 349 Anträge an die zuständigen Anstalten gingen. 30 wurden zurückgezogen oder sonstwie erledigt, 25 blieben noch unerledigt; sind, wie oben, 412 Anträge. Von den 349 weitergegebenen Anträgen wurden 280 bewilligt, 41 abgelehnt, 28 waren noch nicht erledigt. Beitragsersatzung wurde seit 1. Januar 1900 2517 mal beantragt, 2022 mal wegen Eheschließung, 56 mal wegen Wegzug einer Unfallrente, 489 mal wegen Tod. 2485 dieser Anträge wurden an die Landes-Versicherungsanstalt Berlin abgegeben, 22 anders erledigt. Auskunft über Angelegenheiten der Invalidenversicherung wurde 306 mal schriftlich erteilt; die zahlreichen mündlichen Auskünfte im Bureau sind nicht gebucht. Auf Antrag der Anstalt Berlin wurden sechs Arbeitgeber, die den Kontrollbeamten die verlangten Angaben verweigerten, durch Androhung und Festsetzung von Geldstrafen dazu angehalten. Seit 1900 ist die Polizei hierfür zuständig. Gegen drei Personen, die in Quittungslisten unzulässige Bemerkungen gemacht hatten, sind Geldstrafen (2, 3, 10 M.) festgesetzt worden. Der Armendirektion wurde, wie üblich, von jedem Rentenansprüche bezu. von den Rentenbewilligungen Mitteilung gemacht. Sie hält sich bekanntlich für geleistete Unterstützungen an den Renten schuldig. Nach dem letzten Verwaltungsbericht der Anstalt Berlin wurden ihr 1899 21 731 M. überwiesen.

Wie die Gläubigers-Demonstration an die Kaiserin arrangiert wurde, darüber teilt uns ein Leser folgendes mit: Freitagabend saß ich mit einem Kollegen in einer Restauration nahe am Wedding. Während wir uns über Arbeitsangelegenheiten unterhalten, bemerken wir, wie ein feingekleideter Herr uns fortwährend beobachtet. Er sitzt und von oben bis unten, geht aus dem Lokal heraus und kommt dann wieder. Nun sagt er

sich: „vielleicht auch hält er uns, da wir weiße Wäsche tragen, annähernd für feinesgekleidet. Wir möchten doch das Schriftstück, das er in der Hand halte, mit Namen, Stand und Wohnung untersuchen. Selbstverständlich fragen wir nach dem Inhalt des Schriftstücks; ob es sich vielleicht gegen den immer noch waltenden Justizhauskurs und ähnliche, das deutsche Volk beleidigende Mißstände richtet? Der Herr blieb stumm, indessen hatten wir aber schon bemerkt, daß es sich um die Gratulation an die Kaiserin handle. Natürlich bedauern wir höflich, aber doch mit der erforderlichen Energie, den Wunsch des Patrioten nicht erfüllen zu können. Der Patriot geht weiter zu einem alten Mann, dem man auf dem ersten Blick ansah, daß er Arbeiter war. Auch hier holte er sich eine noch weit energischer Abweisung. Der Patriot mochte aber inzwischen an seinem netter Gefassen gefunden haben. Ohne etwas zu verzehren, blieb er, auf andre Gäste wartend, ruhig im Lokal sitzen als eine leidenschaftige Majestätsbeleidigungs-Probation. Denn bei der bekannnten Stimmung der Arbeiterchaft ist nur zu leicht ein unbedachtes Wort möglich, das, von einer Demunziantenleiele ausgebeutet, einen braven Mann und seine Familie in namenloses Unglück bringen kann.

Ueber die Zahl der Unterschriften unter der Adresse verlaute immer noch nichts. Gernert es die Arrangeurs, damit herauszurücken?

Zur Anfrage des kgl. Provinzial-Schulkollegiums sind die Direktoren der hiesigen Gemeindefschulen kürzlich ersucht worden, an die Lehrer den Auftrag zu richten, die Schüler und Schülerinnen vor unnützer Belästigung des Kaisers durch Briefe zu warnen.

Das Provinzial-Schulkollegium ist hierbei gewiß von der Ansicht ausgegangen, daß schon im Kindes ein gewisses Selbstbewußtsein großzuziehen ist, und daß es zur Förderung dieser Tugend wenig beiträgt, wenn das Kind durch einen verlebten Geschichtsunterricht zu dem Glauben an die Allmacht fürstlicher Personen verleitet wird und in diesem falschen Glauben mit allerhand oft recht thörichten Wünschen an den Kaiser herantritt.

Die Mafsen im städtischen Obdach. Von den im städtischen Familienobdach in der Frobenstraße untergebrachten Kindern obdachloser Familien sind am gestrigen Sonntag wiederum vier als an den Mafsen erkrankt in das Krankenhaus Moabit geschafft worden. Insgesamt sind bisher 32 derartige Erkrankungsfälle zu verzeichnen gewesen.

Eine „erfreuliche Kunde“. In bürgerlichen Blättern macht folgende Mitteilung die Kunde: Eine erfreuliche Kunde für die Hausfrauen dürfte die Nachricht sein, daß der seit Jahren herrschende Dienstmangel völlig beseitigt sei. Seit Anfang dieses Monats ist ein so starkes Angebot von Dienstpersonal zu verzeichnen, wie es seit mindestens fünf Jahren nicht mehr der Fall gewesen, ja es ist in den letzten Tagen wiederholt vorgekommen, daß in den Befindvermittlungsbureaus das Angebot die Nachfrage nicht unerheblich überstieg. Diese auffällige Erscheinung dürfte wahrscheinlich auf die Konjunktur in zahlreichen hiesigen Fabriken zurückzuführen sein; es haben Ende vorigen Monats umfangreiche Entlassungen weiblicher Arbeitskräfte stattgefunden.

Für die Zustände, die sich unter der für das Gefinde bestehenden Annahmegesetzgebung herausgebildet haben, ist es bezeichnend, daß erst der Arbeitsmangel in der Industrie, die den Proletariatsmädchen doch wahrlich keine Annehmlichkeiten bietet, diese Mädchen den Befindvermittlungsbureaus und den „Gerrichten“ zutreibt. Noch bezeichnender ist es, daß der wirtschaftliche Niedergang aus diesem Grunde als ein erfreuliches Zeichen betrachtet wird.

Reinhydr-Ladenschluß der Apotheken. Die Apotheken in Berlin O. und NO. haben vereinbart, vom 1. November d. J. ab ihre Apotheken um 9 Uhr zu schließen.

Eine neue Rücksichtslosigkeit der Berliner Straßenbahn-Gesellschaft. Sommerwagen ohne jede Schutzvorrichtung verkehren gestern bis zum Abend auf den Linien vom Zoologischen Garten bis Treptow und auf andren Strecken. Die Passagiere machten ihrer Entrüstung in derbster Weise Luft, aber sie mußten, um überhaupt mitzukommen, wohl oder übel in dem Wagen Platz und als Zugabe für die Fahrt eine Erkältungskrankheit mit in Kauf nehmen.

In der Herberge des Glucks, dem städtischen Obdach, befanden sich am 1. Oktober d. J. 188 obdachlose Familien mit 448 Personen und 108 Einzelpersonen. - Im Laufe des Monats September wurde das städtische Obdach von 14 306 nächtlich Obdachlosen und zwar von 12 905 Männern und 2001 Frauen bewohnt. Von diesen Personen wurden 65 hiesigen Krankenhäusern, 4 der Anstalt für Epileptische „Bühlgarten“, 24 der Geschlechtskrankheiten und 161 der Polizei überwiesen. Gebadet haben im Obdach 6957 Personen.

Die bekannte Aeußerung des neuen Bürgermeisters Brinmann über die Wohnungsfrage und die Notwendigkeit einer Wohnungsbeaufsichtigung wird in Hausbesitzerkreisen viel besprochen. So gab im Grundbesitzerverein Osten speziell der lehrerwähnte Vorschlag Anlaß zu einer lebhaften Debatte. Dem Vorsitzenden, wie vom Stadtverordneten Rehring wurde auf die Schwierigkeiten bei der Durchführung dieses Plans hingewiesen und das Verlangen ausgesprochen, daß falls democh die Wohnungsinspektion eingeführt werde, auch Vertreter des Hausbesitzerlandes zu diesem Amt herangezogen werden sollen. Ein in der Versammlung gestellter Antrag, das Polizeipräsidium zum Erlaß einer Verordnung zu bewegen, welche das Vermieter- und Schlafstellenwesen wesentlich einschränkt, wurde abgelehnt und vor einem zu rigorosen Vorgehen der Haus-eigentümer in dieser Frage, mit Rücksicht auf die ärmeren Mieter, gewarnt.

Der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche unter den Kindern wird vom hiesigen Central-Viehshof gemeldet.

Das Richard Wagner-Denkmal soll, wie jetzt bestimmt worden ist, am südlichen Ende des Tiergartens, der Hildebrandstraße gegenüber, zu stehen kommen.

Zwischen den Polizei- und Gerichtsbehörden in Berlin ist es aus Anlaß der veripäten gerichtsarztlichen Oeffnung der Leiche der ermordeten Frau Auguste Kerger zu einer Mißsprache gekommen. Die Leiche wurde am Sonntag früh aufgefunden und erst am Dienstagmittag von der Gerichtskommission befragt und geöffnet. Die Polizei und Staatsanwaltschaft hatten auf die sofortige Leichenöffnung hingewirkt, damit die Todesursache schnell festgestellt und die Nachforschungen nicht gehemmt würden. Wenn auch die polizeilichen Ermittlungen zur Aufklärung dieses Falls in der Zwischenzeit nicht geruht haben, fehlte es doch an einer festen Unterlage, weil der Thatbestand noch keineswegs feststand und die Festnahme von verdächtigen Personen nicht hätte aufrecht erhalten werden können. Nur weil der verdächtige Klemperer Richard Müller mehrfach vorbestraft war und unter Polizei-Wacht stand, ließ sich seine Festnahme rechtfertigen. In in Zukunft Unzuträglichkeiten vorzubringen und eine schnelle Feststellung der Todesursache in solchen Fällen zu ermöglichen, sind Anordnungen getroffen worden, daß die gerichtsarztliche Oeffnung sofort nach Auffindung der Leichen oder doch bald darauf erfolgt.

Die Rahe läßt das Mauseu nicht. Der aus dem Tausch-Prozess bekannte Journalist Ledert ist, wie ein Richterstatte meldet, in Aktion verhaftet worden. Wie wir kürzlich mitteilten, hatte er sich unter dem Namen Vorsten bei einem dortigen Blatt Stellung als Redacteur verschafft, wurde dann aber, nachdem er eine Reihe von Beiträgen verfaßt, entlarvt. Es wird ihm auch Urkundenfälschung zur Last gelegt.

Die Akten in der Obdachsache gehen nunmehr mit dem Bericht der Staatsanwaltschaft an den Justizminister ab. Wie es heißt, soll diese Behörde Vollstreckung des Todesurteils empfohlen haben. Der Offizialverteidiger Dr. Hervert Bränkel hat es für seine

Gewissenspflicht erachtet, in einer Eingabe an den Kaiser auf die Bedenken hinzuweisen, welche gegen die Töchterhaft oder Wittföterchaft Concienz an der Ermordung der beiden Frauen zu sprechen scheinen. Die freigelegene Ehefrau Gönczi hat, als sie von dem Schritte des Verteidigers für ihren Mann Kenntnis erhielt, sich mit diesem in Verbindung gesetzt, um sich dem Gesuch um Umwandlung der Todesstrafe in lebenslängliches Zuchthaus anzuschließen. Gönczi hatte neuerdings den Verteidiger aufgefordert, abermals ein Wiederantragsgesuch einzulegen. Der Verteidiger hat es abgelehnt.

Für den Harmlosenprozess sind, wie es heißt, drei Wochen angelegt worden. Die Verhandlungen beginnen am 19. November, es sind für jede der drei Wochen fünf Verhandlungstage in Aussicht genommen. Den Vorsitz führt Landgerichts-Direktor Oppermann.

Zimmer rin in die Heilsarmee. Die Heilsarmee kündigt an: Kapitän Cronemann, ein junger befehlter Kaufmann aus Königsberg, leitet in der Heilsarmee-Halle, Postenstr. 38, einen großen Seelenrettungs-Feldzug. Trinker, Spieler, Raucher, Wollüstlinge, Socialdemokraten, Heuchler, selbstgerechte Pharisäer, Israeliten, Nansen- und wahre Christen; jedermann ist herzlich willkommen. Eine etwas gemischte Gesellschaft würde da zusammen kommen!

Arbeiter-Risiko. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Sonnabendvormittag 9 1/2 Uhr in der Pianofortfabrik von C. Bedelstein, Grünauerstr. 35/36. Der Arbeiter Richard Göge, welcher bei dem Großen internationalen Reinigungsinstitut als Fensterputzer angestellt ist, war mit dem Reinigen eines Fensters in der dritten Etage beschäftigt. Hierbei rutschte er auf dem Fensterbrett aus und stürzte auf ein im ersten Stock gelegenes Glasdach. Durch die Wucht des Anfalls brach das Dach unter großem Getöse zusammen und G. fiel auf eine untenstehende Juristentaschine. Glücklicherweise war dieselbe außer Betrieb. Außer einigen Schnittwunden hat sich der Schwerverletzte bei dem Sturz eine Gehirnerschütterung und mehrfachen Rippenbruch zugezogen. Er erhielt die erste Hilfe in der Sanitätswache am Gödelitzer Bahnhof und wurde von dort in höchst bedenklichem Zustand nach dem Urban-Krankenhaus gebracht. Große Erregung herrschte unter den Arbeitern der Fabrik darüber, daß für den geringen Lohn von 2,50 M. pro Tag die Arbeiter einer solch lebensgefährlichen Beschäftigung nachgehen müßten.

Am seinem Geburtstag tödlich verunglückt ist gestern vormittag der 64 Jahre alte Vorarbeiter Eduard Draeger aus Daldorf. Der Mann wurde um 10 Uhr vormittags auf dem Leichter Personenbahnhof von einer Lokomotive gefaßt und überfahren. Die Leiche wurde ihm zermalmt und ganz abgefahren. Arbeiter brachten ihn mit einer Tragbahre nach der Charité. Als er dort ankam, war er schon tot.

Weltere Opfer der elektrischen Straßenbahn. Der 40 Jahre alte Droßkauerluischer Ernst Kresse aus der Lützowstraße 104, der am Mittwoch voriger Woche von dem Hause Potsdamerstraße 123 bei einem Zusammenstoß seiner Taximeterdrosche erster Klasse mit einem elektrischen Straßenbahnwagen vom Dach geschleudert wurde und sich einen Schädelbruch zuzog, ist im Elisabeth-Krankenhaus gestorben. Er hinterläßt seine Frau mit zwei Kindern im Alter von 18 und 8 Jahren.

Am der Ecke der Frankfurter- und Wilmannsstraße wollte gestern, Montagmorgens in der ersten Stunde die 34 Jahre alte Verkäuferin Anna Wolf aus der Varnhufstraße 43 von der Markfließ nach der Wilmannsstraße hinübergehen. Bemüht, vor einem Geschäftswagen vorüberzukommen, geriet sie unter einen elektrischen Wagen der Linie Frankfurter Allee—Großgörschenstraße, der aus derselben Richtung von der Kleinen Frankfurterstraße herkam. Sie wurde zehn bis fünfzehn Schritte weit geschleift, erlitt außer einem Bruch des rechten Oberarms, bedeutende Verletzungen am Kopf und an den Schultern und mußte, nachdem sie auf der Unfallstation am Grünen Weg einen Rotverband erhalten hatte, mit einem Lächeln Rettungswagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht werden.

Von einem elektrischen Wagen wurde Montagmorgens um 4 Uhr in der Berlinerstraße zu Charlottenburg der Möbelträger Stard beim Abladen umgestoßen und geschleift. Er erlitt eine Kopfverletzung und Gehirnerschütterung und mußte in das Krankenhaus gebracht werden.

Vor den Augen seiner Mutter getötet wurde am Sonnabendabend um 8 1/4 Uhr der 12 Jahre alte Sohn Fritz des Maurers Robert aus der Göbenstraße 7. Der Knabe fuhr mit seiner Mutter in einem elektrischen Straßenbahnwagen bis zur Ecke der Potsdamer- und Göbenstraße. Unmittelbar nach dem Aussteigen ging er hinten um den Wagen herum, um den Fahrdamm zu überschreiten, als er unter einen entgegenkommenden Wagen geriet, unter dem ihn die zu Hilfe gerufene Feuerwehre mit Wache hervorholte. Der Verunglückte, dem der ganze Leib zerissen war, starb bald darauf. Er war das einzige Kind der Frau, deren Mann seit zwei Monaten an einem Lungenseiden im Roabiter Krankenhaus darniederliegt.

Ein großer Dachstuhlbrand wütete Montagabend Luisenstraße 27. Kurz nach 6 Uhr drang Rauch durch Bodenluken, und als der Hausverwalter die Bodenluken öffnete, fand er bereits alles verqualmt und Flammen züngelten an einem Haufen Alten empor, die dem Patent-Bureau von Limar gehörten. Da das Feuer dann von mehreren Stellen aus gemeldet wurde, so rückten bald acht Löschzüge, darunter mehrere Dampfspritzen heran. Anfangs war infolge der starken Verqualmung nur über mechanische Leitern an den Brand heranzukommen. Das Feuer breitete sich schnell aus, erfaßte fast den gesamten Dachstuhl des Vorderhauses und sprang außerdem auf eine Dachwohnung des Hauses Nr. 26 über. Nach einstündigen Wasserarbeiten galt die Gefahr für beseitigt, doch nahmen die Aufräumungsarbeiten noch lange Zeit in Anspruch. Die anfangs lautgewordene Verfürchtung, daß ein Kind in den Flammen umgekommen sei, bestätigte sich glücklicherweise nicht. — Kurfürstenstr. 153 war im Keller ein Faß mit Petroleum in Brand geraten, der Kisten und Waren zerstörte. Gleichzeitig war Fehrbellinerstr. 52a ein Ballonloggenbrand abzulösen.

Das Austragen der Frühstücks-Bakeware und Milch soll, nach Beschluß einer sehr zahlreich besuchten Versammlung von Bäckermeistern, mit Rücksicht auf die Verteuerung von Kohle und Milch, die erhöhten Betriebskosten durch Steigerung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, Verbot der Aushilfsarbeit etc. nur mehr gegen wenigstens teilweise Entschädigung erfolgen, und zwar ist ein Entgelt von 5 Pf. wöchentlich bzw. 20 Pf. monatlich in Aussicht genommen. In einer demnächst stattfindenden Versammlung von Milch-, Backwaren- und Bäckermeistern soll der Zeitpunkt der Einführung dieser Maßnahme beschlossen werden. Derartige Beschlüsse sind schon mehrfach unter den verschiedensten Vorwänden gefaßt worden, ohne daß jemand an ihre Durchführung dachte.

Belobigung. Der Kaufmann Herr Heinrich Müllbe, Reichenbergerstraße 122, hat am 25. September d. J. den fünfjährigen Knaben Walter Krähahn aus der Lanwitzstraße 5, welcher beim Spielen in den Landwehrkanal gefallen war, vom Tode des Ertrinkens gerettet. Für die mit Mut und Entschlossenheit vollbrachte That wird Herr Müllbe hierdurch öffentlich belobt.

Der Verdacht eines Giftmordes hat sich neuerdings gegen den verhafteten Hausdiener Karl Goldi erhoben, der, wie wir kürzlich berichteten, die Inhaber eines Modefalons, Frau Heller, Friedrichstr. 40a, durch Abfälschungen von Golddeklarationen schwer schädigte. Der frühere Inhaber des Modefalons hieß Arndt, seine Privatwohnung befand sich unmittelbar neben dem Salon. Er lebte sehr zurückgezogen und hatte die Aufsicht über den Salon und Zimmerreinigung den Goldfischen Eheleuten übertragen. Frau Goldi hatte außerdem öfter für Einholung von Speisen und Getränken zu sorgen. Außer von den Eheleuten Goldi wurde die Arndtsche Privatwohnung von fremden Personen fast nie betreten. Da starb nun vor etwa 1 1/2 Jahren Arndt ganz plötzlich, ohne daß irgend welche Krankheitserscheinungen

vorher an ihm bemerkt gewesen wären. Da nun die jetzt gegen den Verhafteten geführte Untersuchung bereits ergeben hat, daß die Abfälschungen und Fälschungen bis zum Jahre 1897 zurückreichen, also auch schon unter dem früheren Geschäftsinhaber, dem verstorbenen Arndt, begangen wurden, so ist der Verdacht rege geworden, daß der plötzliche Tod des Arndt vielleicht in Verbindung mit den Unterschleifen stehe. Es finden nun in dieser Richtung Erhebungen statt, die nicht ausschließen, daß eine Ermordung der Arndtschen Leiche erfolgt.

Der erste Nachtfrost ist in der Nacht zu gestern eingetreten. Mit starkem Reif überzogen waren die Dächer und Rasenflächen in Berlin. Der Thermometer war an freigelegenen Stellen bis unter den Gefrierpunkt gefallen. Kleine Wasserpfützen waren mit einer Eisdicke überzogen, die beim Höhersteigen der Sonne sich schnell auflöste.

Die internationalen Ladendiebe, die in Köln einem Juwelier und hier in Berlin die Amsterdamer Diamantenschleiferei um Schmuckstücke bestehlen, sind auf Grund der Personalbeschreibung, die die hiesige Kriminalpolizei von ihnen verbreitete, in Magdeburg erkannt und festgenommen worden. Es sind zwei Männer und zwei Frauenzimmer.

Orgelkonzert. Die zum Gedenten an den 150jährigen Todestag von Sebastian Bach (28. Juli 1750) in der Marienkirche veranstalteten Bach-Festen haben damals solchen Anklang gefunden, daß Herr Musikdirektor Otto Dienel sich gedungen fühlt, ebendortselbst am Mittwoch, den 24. Oktober, mittags 12 Uhr, ein ähnliches Bach-Konzert zu geben, dessen Programm nur Kompositionen des Altmeisters enthalten wird. An der Ausführung der Orgel, Gesangs- und Violinvorträge beteiligen sich außer Herrn Dienel Fräulein Martha Reihner, Fräulein Maria Reihner, Herr Rico Harzen-Müller, Herr Ernst Prötorius und Herr Schweigelmann. Der Eintritt ist frei.

Im Zoologischen Garten sind wieder interessante Tiere aus den deutschen Kolonien eingetroffen. Der Oberarzt in der Kaiserlichen Schutztruppe für Deutsch-Südafrika, Herr Dr. Schellmann, hat eine Zibethkatze als Geschenk dargeboten, sie gehört der von Raichle beschriebenen Art Viverra orientalis an, welche an der Jangtseki unter dem Namen Ngana bekannt ist. Wegen des Zibeths, einer stark aromatisch riechenden Absonderung, die in einer am Hinterleibe des Thiers vorhandenen Drüsenblase entsteht, wird die Zibethkatze mit Hundes gejagt und gefangen. Auf dem Markt in Sansibar kann man sehr oft diese Art zum Kauf gebracht finden. Von Togo in Westafrika sind zwei Schmarotzer-Milane und ein Schildkröte als Geschenke des Herrn Dr. Bludau in Klein-Popo zu verzeichnen. Die Milane sind unsern Milan ähnlich, unterscheiden sich aber durch gelbe Schwabelfärbung. Der Schildkröte ist schwarz, mit lilafarbigem Schimmer und hat weiße Brust, von welcher aus eine breite, weiße Binde sich um den Nacken herum zieht. Er erjeht gewissermaßen die Rebellkatze im tropischen Afrika.

Aus den Nachbarorten.

Lichtenberg. Die Aufnahme des Betriebs auf der Straßenbahnlinie Spittelmarkt—Friedrichsfelde in ihrer ganzen Ausdehnung (nicht wie bisher nur bis zur Ostbahndrüse) ist in absehbarer Zeit endlich zu erwarten. Die Eisenbahndirektion hat nunmehr ihre Bedenken gegen die Tragfähigkeit der Ostbahnbrücke fallen lassen und die Zustimmung zur Schienenlegung erteilt, nur müssen die Schienen eine Länge besitzen, daß sie von einem Brückensteg zum andern reichen. Die Schienenlegung selbst schreitet rüstig vorwärts. Die Einführung des elektrischen Betriebs auf der Straßenbahn setzte unsere Gemeinde in die Zwangslage, für die Beschaffung von Geipannen zur Fortschaffung der Feuerlöschgeräte bei ausbrechender Feuergefahr anderweitige Sorge zu tragen, da die hierzu bis zum 1. Januar 1901 verpflichtete Pferdeabgabegesellschaft den Vertrag gekündigt hat. Die Gemeinde wird nicht umhin können, an die Beschaffung eignen Pferdewerkmaterials zu denken, wenn es wahr ist, was in einer Kommissionsberichterstattung behauptet wurde, daß die in letzter Zeit beliebte „Stänkererei“ (gemeint sind von unsern Genossen vorgelegte Beschwerden über vorgelassene Unregelmäßigkeiten bei der Straßenbesprengung und Kehrtraktabfuhr) den hierbei in Frage kommenden Pferdebesitzern die Lust zur Beteiligung an Gemeindegeldleistungen benommen habe. Wir können diesen Entschluß nur mit Freuden begrüßen, wenigstens soweit Gemeindeverordneter in Betracht kommen. Einen Schaden wird die Gemeinde hiervon sicher nicht haben.

Gutem Vernehmen nach sind die Baumunternehmer auch in unserer Gemeinde mit ihrer Forderung um Aufnahme der Streiklausel in abzuschließende Pachtverträge abgeblüht. Man wird sich hier nach dem in Berlin gebräuchlichen Verfahren richten.

Charlottenburg. In der nächsten Stadtverordneten-Versammlung am Mittwoch kommt es voraussichtlich zu lebhaften Debatten infolge zweier aus der Tagesordnung stehenden Petitionen. Die erste betrifft die Errichtung eines Schlachthofs und von Markthallen, die zweite bezieht sich auf die Wohnungsnot. Zu dieser Frage hat die Ortsgruppe Charlottenburg des Bundes deutscher Bodenreformer an die städtischen Körperschaften eine Petition gerichtet, die die bekannten Forderungen der Bodenreform enthielt, nämlich: 1. Die Erwerbung umfangreicher, bis jetzt der Bodenpekulation noch nicht anheimgefallenen Bauereisens in der Weise der Gemeinde und Ueberlassung derselben in der Form des Erbbaurechts an die private Bauwirtschaft, 2. die besondere Besteuerung unbauten Baugrunds (Bauplatzsteuer) unter Schonung der Biergärten, 3. die Heranziehung der Grundstücksbesitzer zur Witterung der Kosten jener städtischen Meliorationen, die in direktester Weise den Wert der Grundstücke erhöhen. Eine öffentliche Volksversammlung, die sich mit der Wohnungsnot befassen soll, haben die Bodenreformers zu Dienstagabend nach dem Lokal von Papritz in der Berlinerstraße einberufen.

Das Vermögen der Stadt Charlottenburg hat nach der soeben vom Magistrat an die Stadtverordneten-Versammlung erfolgten Mitteilung im letzten Rechnungsjahre die Höhe von mehr als 55 Millionen Mark erreicht. Es bedeutet dies einen Zuwachs von 6,1 Millionen Mark gegen das Vorjahr. Aber auch die Schulden der Stadt sind um die Kleinigkeit von mehr als 1/2 Millionen Mark gestiegen und betragen jetzt 36 1/2 Millionen Mark. Es verbleibt somit ein Ueberschuß von 18 1/2 Millionen Mark Vermögen.

Die Gemeindevertretung von Britz hat beschlossen, zu den Schulden die Gemeinden Berlin mit 5500 M., Rigdorf mit 7500 M. und Niederschöneweide mit 4500 M. heranzuziehen. Eine Schüleraufnahme hat ergeben, daß unter den 1200 Schülkindern in Britz sich 516 befinden, deren Väter in auswärtigen Industrien und zwar ausschließlich in Berlin, Rigdorf und Niederschöneweide beschäftigt sind.

Sociales.

Arbeiterentlassungen und Lohnreduzierungen. Während auf verschiedenen Werken jetzt plötzlich Massenentlassungen vorgenommen werden, begann man bei Krupp schon vor Monaten mit Abstoßung überzähliger Arbeitkräfte und mit Regulierung der Löhne. In der Grubenwerft sind 3. D. von den vor Jahresfrist beschäftigten 150 Personen jetzt bereits 1/3 abgeschrieben worden. Die Schichtlohnsätze kürzte man stellenweise um 10—15 Proz., die Reduktion der Accordpreise ist aber noch höher. Dabei dauert die Reduktion noch an; auch sollte jetzt eine Massenentlassung (ca. 1000 Mann) vorgenommen werden. Die ungünstige Aufnahme dieser zu früh bekannt gewordenen Absicht ist wohl die Veranlassung, daß man von der Massenentlassung abgesehen hat und es bei der allmählichen Abstoßung beläßt. Trotzdem sind in letzter Woche ca. 100 Entlassungen erfolgt. Wie unter dem früher Entlassenen sind auch unter den letzteren sehr viele mit langjähriger

Dienstzeit. Daß Arbeiter mit 5—15jähriger Dienstzeit entlassen werden, gehört einfach zu den Alltäglichkeiten. Und alle die Leute gehen der Ausrüstung an die Pensionskasse, zu der sie zwangsweise jährlich ca. 35 M. Beiträge zahlen mußten, verlustig — zur höheren Ehre der Kruppischen Wohlfahrtsanstalt. Besonders traurig ist es um die Grubeure und Eisleute, die entlassen wurden, bestell. Die Leute bekommen nämlich, wenn sie einmal bei Krupp waren, anderwärts in ihrem Berufe keine Beschäftigung mehr. Unter dem Versprechen dauernder, lohnender Arbeit wurden die Leute nach Essen geholt, jetzt liegen sie thätlos auf der Straße. So werden die Folgen der Krisen den Arbeitern aufgebürdet, Herr Krupp wird an seinem 20 Millionen-Jahresbestandsmittels „Verdienst“ keinen Schaden erleiden. — Neben den bereits belamnt gegebenen Massenentlassungen ist noch die ca. 1000 Mann betreffende der „Gute Hoffmannshütte“ in Stercade mitzuteilen. — Das **Walzwerk Schulz-Knaub** in Essen, welches vor einigen Wochen bereits 300 Arbeiter entließ, hat jetzt auch noch wöchentlich 1—2 Feierschichten eingelegt. — Der **Bochumer Verein in Bochum** leidet besonders durch die Chinarammelei. Ein für China bestimmter großer Auftrag in Eisenbahnmateriale ist nämlich wegen der unsicheren Lage nicht in Angriff genommen worden. In den betreffenden Werstätten, in denen früher ohne Pausen Tag und Nacht gearbeitet wurde, ist der Betrieb ganz bedeutend eingeschränkt worden und die Accorde wurden ebenso bedeutend reduziert. Auch hier werden die Ueberschüsse keine Einbuße erleiden.

Die Gründung eines Verbands deutscher Mietervereine ist in Leipzig auf einer am letzten Sonnabend und Sonntag d. hiesig abgehaltenen Konferenz deutscher Mietervereine beschlossen worden. Die Satzungen des neuen Verbands besagen u. a.: Der Verband deutscher Mietervereine bezweckt die gemeinsame Vertretung und Förderung der Interessen der Mieter in allen das Mietverhältnis betreffenden Angelegenheiten. Um dieses Ziel zu erreichen, stellt sich der Verband insbesondere folgende Aufgaben: Förderung einer gesunden Wohnungspolitik im Reich, Staat und Gemeinde, Stellungnahme zu den Bestrebungen der Haus- und Grundbesitzerorganisationen, Gründung neuer Mietervereine, Zusammenwirken mit Organisationen verwandter Richtung, Einführung von Mietverträgen, die dem Mietrecht des bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechen, Einwirkung auf die öffentliche Meinung durch Versammlungen und durch die Presse.

Der Post als Gärtner. Im Gemeindefolkollegium zu Würzburg wurde unlängst über die Wohnungsfrage verhandelt auf Grund der Erhebungen, die der Magistrat im Jahre 1898 in einigen Straßenzügen vornehmen ließ. Das Referat hatte man dem Vorstande des Hausbesitzervereins übertragen. — Haben wir nötig, unsere Lesern mitzuteilen, was der über die Wohnungsnot zu sagen wußte?

Vermischtes.

Die dritte Ausfahrt des Luftschiffs des Grafen Zeppelin, an der Graf Zeppelin, Lieutenant v. Krogh und der Forschungsreisende Eugen Wolf teilnahmen, begann Sonntag bei regnerischem, beinahe windstillem Wetter um 5 Uhr 2 Minuten nachmittags. Das Luftschiff erhob sich, die Spitze etwas nach oben, zunächst bis etwa 250 Meter Höhe und schaute, ungefähr 1 Kilometer vom Lande entfernt, verschiedene Wendungen mit Auf- und Abwärtsfahren mit bestem Gelingen aus. Nachdem das Luftschiff den Kurs gegen das schweizerische Ufer genommen hatte und bis zu etwa 400 Meter Höhe emporgestiegen war, fuhr es bis einige Hundert Meter vor Manzell zurück, wo es langsam bis auf den Wasserspiegel herabging und um 5 Uhr 25 Minuten glänzlich landete.

Eisenbahnunfälle. Aus Bromberg wird gemeldet: Am Sonnabendabend um halb zwölf Uhr ist der Schnellzug 62 auf der Haltestelle Berlin in den Güterzug 4234, welcher hier überholt werden sollte, hineingefahren. Das Lokomotivpersonal vom Schnellzug wurde leicht, von Reisenden niemand verletzt. Sechs Fahrzeuge sind erheblich beschädigt. Beide Geleise waren etwa 12 Stunden gesperrt. Der Personenverkehr wurde durch Umsetzen an der Unfallstelle aufrecht erhalten und die Reisenden in Badwagen des Güterzugs nach Bromberg weiter befördert. — Auf dem Wahnbergange zwischen Busendorf und Brotnach wurde ein bißl mit Ausflüglern besetzter Bauernwagen von einem Güterzuge überfahren. Zwei Personen wurden getötet, sechs schwer verletzt. — Auf der rechten Oberufer-Eisenbahn entgleiste gestern Abend zwischen Groß-Pöllnitz und Bernstadt der Güterzug 3309. Sechs Waggons stürzten in wüstem Durcheinander quer über das Geleise. Das Juggpersonal rettete sich durch Abpringen.

Unfall an einer elektrischen Bahn. Sonntag nachmittags 3 Uhr stürzte bei Redebütte in Rosdzin (Oberschlesien) ein in voller Fahrt befindlicher, dicht besetzter Anhängewagen der elektrischen Kleinbahn in einer scharfen Kurve um. Siebzehn Personen sind teils schwer, teils leichter verletzt, ein Bahnbeamter tödlich.

Im Riesengebirge ist der Winter bereits mit aller Strenge eingelebt. Eine Dome, die am 14. d. Mis. bei schönstem Wetter von Johannisbad aus einen Ausflug in die Berge unternahm, wurde am selben Tage auf dem Stoppelpfane von einem solchen Schneewetter überrascht, daß sie in der Wiesenhaude Zuflucht nehmen und sich dort bis auf weiteres einquartieren mußte. In einem vom 17. datierten Briefe, den die Prager „Bohemia“ auszugeben veröffentlichen, schreibt sie: „Ich bin noch immer in der Wiesenhaude und es ist für den Augenblick gar nicht abzusehen, wann ich zu Thale laun; dann nur mit dem Hörnerschlitten. Der Schneesturm braust hier oben mit fürchterlicher Gewalt, und läßt man nicht in dieser festen Baude, bei so lieben, freundlichen Menschen, es könnte einem recht dange werden. — Ein Paar tiefste Verharmdiner bellen von Zeit zu Zeit auf, — da kommt ab und zu eine bis zur Unkenntlichkeit eingewickelte und verummante menschliche Gestalt, ein Schwärzer oder ein Grenzwächter — oft dicht hinter einander. Der Schnee liegt stellenweise drei Meter hoch, und es ist lächerlich für mich; wenn das nicht wäre, hätten die Leute eine Aiste auf einen Schlitten genagelt und mich in diesem „Fahrzeug“ nach Peyer gebracht. Verproviantiert sind wir vorzüglich in der Baude, da merkt man gar nicht, daß man von aller Welt abgeschlossen so in den Wollen liegt. Die Betten werden nachmittags alle aus den Zimmern heruntergetragen zum Wärmen, die Fenster sind handbreit zugeföhren und thauen gar nicht ab. Das Wasser gefriert im Glase oben im Zimmer.“

Nach siebzehnmönatiger Abwesenheit ist die nach Spitzbergen zu Gradmessungen entsandte Expedition auf den Schiffen „Balan“ und „Ledokol“ nach Kronstadt zurückgekehrt. Alle Mitglieder der Expedition befinden sich wohl.

Verschiebung eines Hauses. Die vielgerühmten Kunststücke der Amerikaner werden auch bei uns in Deutschland sehr gut gemacht. So wurde zu Dremmen, Kreis Heinsberg in der Rheinprovinz in aller Stille eine Arbeit ausgeführt, wie man sie nur aus Amerika berichtet. Dort wurde nämlich die Verschiebung des Bahnhofsgebäudes bewerkstelligt. Das an der Straße Lindern-Heinsberg gelegene Gebäude konnte seit Jahren dem gesteigerten Verkehr nicht genügen. Die Bahnverwaltung beschloß deshalb, ein doppelt so großes Haus an die Stelle des alten zu setzen. Hierzu mußte jedoch das jetzige Bahngelände etwa vierzig Fuß weit nach Osten verschoben werden. Die Vorbereitungsarbeiten hierzu begannen zu Anfang der vorigen Woche. Aus Eisenbahnschwellen wurde ein Geleise hergestellt, auf dem das Gebäude mittels Rollen fortbewegt werden sollte. Viele Schwierigkeiten bereitete die Trennung des Hauses von seinen Fundamenten wegen der Verankerungen, durch die das in Fachwerk ausgeführte Haus befestigt war. Alsdann wurde der untere Rand in der Dicke eines Steins fortlaufend weggehauen und Rollen untergeschoben. So konnte denn das Gebäude auf dem für diesen Zweck hergestellten Geleise vorwärts bewegt und bis zu seinem neuen Plage verschoben werden. Die ganze Arbeit nahm nur eine Woche Zeit in Anspruch.